

Danziger



Zeitung

und

Versprech-Anschluß Danzig:
Für Redaction und Expedition Nr. 18.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Versprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22984.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fideles Blätter“ und den „Westpreussischen Land- und Hausfreund.“ Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk., Inzerate kosten für die siebengefaltene gewöhnliche Schriftgröße ober deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Hierzu eine Beilage.

Telegramme.

Berlin, 18. Jan. Zu der mitgetheilten Aeußerung, welche Fürst Bismarck über die Bezeichnung von Aiaotshau zum Großherzog von Weimar und dem Herzog-Regenten von Mecklenburg gemacht haben soll, bemerkt das Organ des Fürsten, die „Hamb. Nachr.“, daß diese Mittheilung auf Erfindung beruhe. „Wir zweifeln nicht“, schreibt das Blatt, „daß Fürst Bismarck für das asiatische Unternehmen sympathisch gestimmt ist, glauben aber nicht, daß er sich für berechtigt gehalten hat, seine Privatansicht den genannten hohen Herren mitzutheilen.“

Korju, 18. Jan. In dem Augenblicke, als gestern die Vesper in der katholischen Kirche endete, griff ein junger Mensch die Priester an und schlug auf vier derselben ein. Einer, namens Cartouy, wurde getödtet, ein anderer lebensgefährlich verletzt. Das Verbrechen rief lebhafteste Bewegung hervor.

Sofia, 18. Jan. Die Fürstin von Bulgarien (geb. Marie Louise von Bourbon, Prinzessin von Parma) ist gestern von einer Prinzessin entbunden worden.

Bis jetzt erkreute sich das Fürstenpaar nur zweier Söhne, des Prinzen Boris, geb. 18. Januar 1894, und des Prinzen April, geb. 5. Januar 1895.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. Januar.

Die Widersprüche in der deutschen Politik.

An die Feststellung der Thatsache, daß die ostasiatische Expedition der Regierung allgemeine Zustimmung in Deutschland gefunden hat, hat die „Neue Freie Presse“ in Wien dieser Tage eine ganze Reihe von Betrachtungen geknüpft, die auf einen scharfen Gegensatz zwischen der deutschen inneren und auswärtigen Politik hinauslaufen. „Der Eintritt des officiellen Deutschlands in die Welthandels-Concurrenz“, schreibt das Wiener Blatt, „bedeutet einen Triumph des Bürgerthums, das doch daheim schon seit geraumer Zeit seiner politischen Existenz nicht froh werden kann. In den Vertretungskörpern wird es von Agrariern und Schutzöllnern, an welche es die Mehrheit verloren hat, hart bedrängt. Die geschworenen Gegner der Handelsverträge, die Feinde der gewerblichen Freiheit, haben die Oberhand und sie sind es, welche der inneren Politik die Signatur geben. Im deutschen Reichstage ist kaum mehr, im preussischen Landtage überhaupt nicht mehr von einer wirksamen Vertretung des Bürgerthums die Rede. Die rückwärtliche Politik der Regierungen verbindet sich mit den reactionären Tendenzen der Parteien, welche ihre Standes- und Klasseninteressen durchsetzen. . . . Dieses ohnmächtige Bürgerthum aber, das in der inneren Politik Schritt für Schritt zurückgebrängt wird, ist die eigentliche Triebkraft der Welthandelspolitik, welche in Deutschland mit dem ostasiatischen Unternehmen und der Erwerbung einer chinesischen Hafenstation eingeleitet wurde.“ Der tiefe Gegensatz zwischen der inneren Politik und der auf das liberale Bürgerthum gestützten auswärtigen Politik kann aber dauernd nicht bestehen bleiben.

„Denn“, führt die „N. Fr. Pr.“ aus, „die auswärtige Politik Deutschlands kann nicht reactionär sein, denn ihr bieten eigentliche Junker und Agrarier nicht diejenige Stütze, deren sie im Betriebe des Welttheaters bedarf. So tief gemurzelt und historisch inalteriert der conservative Trieb in der Berliner Regierungsmaschine, so überlieferungsmäßig der Zug des officiellen Apparates zum Junkerthum und zu den conservativen Parteien ist, in der auswärtigen Politik, die eine nationale sein muß, kann die Reaction niemals zu systematischem Ausdruck kommen, weil die auswärtige Politik auf die schaffenden Kräfte des gesammten Volkes angewiesen ist, die ihr den notwendigen Rückhalt und die unentbehrliche Actionsfähigkeit sichern. Um der äußeren Politik willen hat Bismarck sogar die innere Politik in das Geleise des Liberalismus hinübergeleitet und durch ein ganzes Jahrzehnt in demselben erhalten; die Interessen der äußeren Politik sind es jedoch auch, welche den Fürsten hohelohne bestimmen, in welchem Widerstande den reactionären Bestrebungen, welche in der inneren Politik überhand nehmen, die Spitzen umzubiegen. Mit besonderer Deutlichkeit aber tritt es jetzt an dem Welt- und Ostasiatischen Unternehmen zu Tage, daß Deutschlands auswärtige Politik den Tendenzen der Reaction sich nicht ausliefern kann. Die Flosse, welche im Hafen von Aiaotshau weht, ist nicht ausschließlich ein Wahrzeichen der bis in den fernsten Osten reichenden Macht-Action, um sie zu hissen; sie ist mehr noch das Wahrzeichen der schaffenden Kräfte des Bürgerthums, welche Deutschland in den Stand gesetzt haben, in die Welt-Handels-Concurrenz einzutreten, und des Schutzes, der ihnen nicht länger vorenthalten bleiben konnte, wenn nicht Deutschlands Wohlfahrtsentwicklung gehemmt, das ungeheure Erganzungsbedürfnis seiner commercialen und gewerblichen Production eingeschränkt und unterbunden bleiben sollte.“

Daß von liberaler Seite diese Auffassung der Dinge vertreten wird, kann nicht weiter überraschen, wohl aber der Umstand, daß die dem auswärtigen Amte nahe stehende „Nordd. Allg. Ztg.“ sich veranlaßt gesehen hat, ihren Lesern den Artikel der „N. Fr. Presse“

ohne irgend welche Vorbehalte im Wortlaut mitzutheilen. Ob und welche Schlüsse daraus zu ziehen sind, muß dem Scharfsinn des Lesers überlassen bleiben.

Anfiedelungen in Westpreußen und Posen.

In der Begründung des gestern dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Gesetzentwurfs betreffend die weitere Bewilligung von 100 Millionen Mark zur Beförderung deutscher Anfiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen wird betont, daß die Erfahrungen des letzten Jahres die Nothwendigkeit eines Vorgehens im Sinne des Gesetzes vom 26. April 1886 bestätigt haben. Es wird ausgeführt, daß die Vertheilung des Stärkeverhältnisses zwischen den beiden Nationalitäten zum Nachtheil der Deutschen anhalte und sich eine steigende Zunahme des polnischen Aingrundes auf dem platten Lande bemerkbar mache. Aber auch in den Städten zeige sich mehrfach eine Ueberhandnahme der polnischen Nationalität in den Mittelstädten, eine strenge Absonderung derselben von der deutschen Bevölkerung und eine Dienstbarmachung der durch deutsche Cultur erzeugten Intelligenz zu nationalpolnischen Zwecken. „Diese Sonderbestrebungen haben zu einer Verhäufung der Gegenstände und schließlich zu einer Haltung des Polenstums in Wort und Schrift geführt, die in einer Bedrängung der deutschen Bevölkerung in socialer und wirtschaftlicher Beziehung ihre Wirkung äußert. Einer solchen Entwicklung muß die Staatsregierung zum Schutze der hierdurch bedrohten Deutschen wie zur Erhaltung des Friedens und der Wohlfahrt der Staatsbürger mit Entschiedenheit entgegen-treten.“

Der früher bewilligte Fonds, heißt es sodann weiter, erweise sich nachgerade als nicht ausreichend, um die Ziele des Gesetzes mit dem Nachdruck, den die Gestaltung der Verhältnisse in den Anfiedelungsprovinzen erfordert, zu betreiben und eine ausreichende und nachhaltige Stärkung des deutschen Elements zu erreichen. Ausführlich wird sodann dargelegt, daß das Ergebnis der Wirksamkeit der Anfiedelungscommission in wirtschaftlicher und socialpolitischer Beziehung befriedigend und erfolgreich sei, einem weiteren wechselfördernden Vorgehen derselben jedoch die bisherige Bemessung des Fonds hemmend im Wege stehe; gegen 80 Millionen des letzteren werden mit Schluß des Etatsjahres 1897/98 verausgabt sein, der größte Theil des Restes aber am 1. April 1898 zur Befreiung der erstmaligen Einrichtung neuer Anfiedelungen erforderlich werden. Um die colonisatorische Arbeit und den Schutze des Deutschthums nicht aufhören zu lassen, die Entstehung von Zwerg-wirtschaften und bedenkliche Proletariatsbildung zu verhindern, sei die geforderte Erhöhung des Anfiedelungsfonds geboten.

Der geheime Erlaß des Reichskanzlers.

Daß die Socialdemokraten im Reichstage die Gelegenheit, den Grafen Posadowsky über den vom „Vorwärts“ an die Deffenlichkeit gebrachten Erlaß in Sachen der Coalitionsfrage der Arbeiter zur Rede zu stellen, nicht vorübergehen lassen würden, verstand sich von selbst. Die Herren Würdn und Singer aber werden sich nicht verhehlen können, daß der Staatssecretär im Reichsamt des Innern dieses Mal aus dem Wortgefechte mit Ehren hervorgegangen ist. Sehr treffend war seine Bemerkung, wenn der Erlaß der Socialdemokratie eine so vortreffliche Wahlparole gebe, so sei die Aufregung der Herren nicht ganz verständlich; er verbitte dann eher Dank als Angriff. Ein wesentlicher Punkt blieb freilich ganz außer Betracht. Niemand wird die Ausschreitungen bei Streiks, wie die Verhinderung arbeitswilliger Arbeiter u. dgl. grundsätzlich billigen, aber daraus folgt noch nicht das Einverständnis mit Strafmaßregeln — Gefängnis nicht unter einem Monat in Einzelfällen oder nicht unter einem Jahr in „Gewohnheitsfällen“ — die in der Praxis allerdings eine bequeme Handhabe zur Verhinderung der Arbeiterbevölkerung geben würden.

Herr v. Stumm war selbstverständlich mit den Anregungen des Grafen Posadowsky einverstanden. Aber schon die Ausführungen des bekanntlich freiwillig aus der conservativen Fraction ausgetretenen Abg. Hüpeden ließen erkennen, daß selbst in conservativen Kreisen die Ansicht Boden gewinnt, daß die Gewährung von Corporationsrechten an die Arbeitervereinigungen ein wirksames Mittel ist, die bedauerlichen Ausschreitungen zu verhindern. Was dieses fördert, ist gerade die lose Organisation der Arbeiter, die meist erst im einzelnen Falle zur Durchführung eines Streiks geschaffen wird. Nur in einem Punkte hat Graf Posadowsky wohl einen Fehlgriiff, nämlich indem er „anständigen“ Zeitungen anheimgab, „vertrauliche“ Actenstücke, die auf irgend eine Weise bekannt geworden sind, zu ignoriren. Zudem ist im vorliegenden Falle nicht einmal ersichtlich, weshalb das Rundschreiben vom 11. December v. J. an die Regierungen vertraulich behandelt werden sollte. Das Rundschreiben mußte, wenn es seinen Zweck erfüllen sollte, in so weiten Kreisen bekannt gemacht werden, daß es eher überraschend gewesen sein würde, wenn die Geheimhaltung gelungen wäre.

Der Ertrag der Domänen.

Während alle anderen Staatseinnahmen in Preußen im verfloffenen Jahre gestiegen sind, ist

der Ertrag der Domänenverwaltung zurückgegangen. Dem Abgeordnetenhaus ist nun eine Nachweisung über die im Jahre 1897 pachtlos gewordenen Domänen zugegangen. Im ganzen kamen 44 Domänenvorwerke mit einem Areal von 24 102 Hectar und einem bisherigen jährlichen Pachtzins von 975 961 Mk. zur Neuverpachtung. Der neue Pachtzins belief sich auf 186 918 Mk. weniger. Den einzelnen Posten sind Erläuterungen beigefügt, die in mehr als 15 Fällen dahin gehen, daß bei dem Mangel jeder Concurrenz auf die Erhebung eines höheren Pachtgeldes nicht gerechnet werden konnte, und der bisherige Pächter als alleiniger Bieter aufgetreten sei. Mehr gegen den bisherigen Pachtzins erbrachten: zwei Vorwerke im Kreis Pommern und Demmin, eines im Kreis Meseritz, zwei im Kreis Obersiebenbrunn, eines im Kreis Wittenberg, eines im Kreis Aurich und eines im Kreis Goslar. Hierzu bemerkt der Rechenschaftsbericht: „Resultat lebhafter Concurrenz im Bietungstermin.“ Wie sich hieraus ergibt, lassen sich allgemeine Schlüsse auf die Lage der Landwirthschaft nicht ziehen, ohne daß zuvor die in Betracht kommenden örtlichen Verhältnisse näher geprüft werden. So wird beispielsweise der Rückgang des Pachtzinses für die Domäne Bilderlage im Kreis Hildesheim von 40 180 Mk. auf 23 769 Mk. ausdrücklich damit begründet, daß wegen der großen Menge der auf der Domäne auftretenden Getreideschädlinge in landwirthschaftlichen Kreisen keine Neigung zur Anpachtung vorhanden gewesen und so nach zweimaliger fruchtloser Ausbietung freihändige Verpachtung habe stattfinden müssen. Gründe ähnlicher Art, die für die Lage der Landwirthschaft im allgemeinen nicht in Betracht kommen, aber die Bietungslust beeinflussen haben, werden auch anderweitig vorgelegt; sie sind der summarischen Nachweisung aber nicht beigegeben.

Badenis Sprachenverordnung.

hat gestern noch einmal im böhmischen Landtag zu einer äußerst erregten Sitzung und nachher zu den üblichen tschechischen Straßendemonstrationen in Prag geführt. Im Landtage, der, wie schon telegraphisch berichtet, bis auf den letzten Platz gefüllt war, ergriff der Abg. Wolf das Wort zu einem energischen Appell an die Regierung, endlich die Sprachenverordnung aufzuheben. Wären die Tschechen, so führte Redner aus, die staatlichen Träumereien ausgeben, das geschlossene deutsche Sprachgebiet anerkennen und von ihren autonomistischen Ideen ablassen. Dann wäre die Möglichkeit gegeben, die Rechte der Freiheit, welche jedes Culturvolk besitzen müsse, zu erlangen. Die Deutschen, welche gegenwärtig fest gefügt sind, verhalten sich ablehnend gegen alle Anträge, ehe die Sprachenverordnungen beseitigt sind. Als Redner den Bürgermeister von Prag einen „Bürgermeister Hanswurst“ nannte, entstand großer Lärm auf Seite der Tschechen. Der Oberlandmarschall rief den Redner zur Ordnung. Abg. Wolf bestritt sodann die Gleichwerthigkeit der tschechischen Sprache mit der deutschen und sprach von dem Vorrechte der Deutschen, welches wieder aufleben müsse. Er verlangte die Entfernung des Statthalters Coudenhove, welchen er als einen gehässigen Feind der Deutschen bezeichnete, wobei er vom Oberlandmarschall unterbrochen wurde. Redner resumirte seine Ansprüche folgendermaßen: Die deutsche Staatsprache für alle Länder ausgenommen Galizien und Dalmatien; Aufhebung der Sprachenverordnungen; Entfernung des Statthalters Coudenhove. (Beifall links, Heiterkeit bei den Tschechen.)

Alsdann sprach der conservative Großgrundbesitzer Spsza-Laronka vom nationalen Radicalismus, der zum socialen Radicalismus führen werde und gebrauchte hierbei das Wort „pour le roi de Prusse.“ (Fürchterlicher Lärm; mehrere Abgeordnete rufen: „Zurücknehmen.“) Der Oberlandmarschall bemühte sich lange vergebens, die Ruhe wieder herzustellen.

Sodann ergriff der Statthalter Coudenhove das Wort. Als er zunächst deutsch sprach, wurde er von tschechischen Abgeordneten mit den Rufen: „Tschechisch, tschechisch“, unterbrochen. Nachdem der Oberlandmarschall energisch zur Ruhe gemahnt hatte, leitete der Statthalter seine Rede in deutscher Sprache fort. Er erklärte, die Regierung plane, vorbehaltlich einer eventuellen gesetzlichen Regelung, eine Neuordnung der sprachlichen Vorschriften in der Art, daß künftighin auf Grund der Ergebnisse der letzten Volkszählung zwischen einsprachigen und gemischt-sprachigen Landesbezirken unterschieden werden soll, in welchen entweder die deutsche oder die tschechische oder endlich die beiden Landessprachen als innere Amts- und Dienstsprache Geltung haben sollen. Damit wäre nach Ansicht der Regierung beiden Nationalitäten gegenüber ein durchaus gerechtes und gleichmäßiges Vorgehen betheilt.

Sodann wurde die Sitzung vertagt.

Ueber die Straßendemonstrationen Hegen folgende telegraphische Meldungen vor:

Wien, 18. Jan. (Tel.) Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Prag gemeldet wird, fanden dort gestern Abend auf dem Graben Zusammenrottungen statt, die sich gegen deutsche Farben tragende Studenten richteten. Ein Deutscher mußte in ein Café flüchten und später von der Polizei in das deutsche Casino geleitet werden.

Im Carolinum fand Abends eine Versammlung der deutschen Studentenschaft Prags statt; in derselben wurde beschlossen, ein Telegramm an den Ministerpräsidenten v. Gautsch abzufenden, in dem Schutz für die deutsche Studentenschaft gegen Anfeindung und Mißhandlung von Seiten der tschechischen Bevölkerung verlangt wird. Sollte dieser Schutz versagt werden und die deutsche Studentenschaft in Prag vogelfrei bleiben, dann würde die deutsche Studentenschaft die älteste deutsche Universität verlassen und deren Verlegung in eine andere deutsche Stadt Böhmens verlangen.

Die Straßendemonstrationen gegen Jola.

mehren sich in Paris und anderen Städten Frankreichs von Tag zu Tag und nehmen einen immer bedrohlicheren, feindseligeren Charakter an. Gestern Nachmittag fanden in der Seinestadt wieder mehrere Demonstrationen statt, darunter zwei erheblichere in der Rue Montmartre und auf dem Boulevard der Rue Drouot, wofolbst eine aus Tausenden Studenten und zahlreichen Neugierigen zusammengesetzte Menge „Tod den Juden“ und Psuirufe auf Jola ausriefen. Die Polizei zerstreute die Menge und nahm sieben Verhaftungen vor. Im Hinweiss auf diese einen immer größeren Umfang annehmende Bewegung erklärt der Abg. Lanessan im „Kappel“, daß eine Revision des Projectes abjolut sicher scheine. Doch handle es sich nicht mehr um die Freiheit eines Einzelnen, sondern um die allgemeine Freiheit, die durch eine an den Boulangismus erinnernde Agitation bedroht sei. Eine neue boulangistische Bewegung hat in der gestrigen Kammer Sitzung auch der Ministerpräsident Méline das Vorgehen der Begner Jolas genannt. Ueber den weiteren Verlauf dieser Sitzung (cf. Telegramm in der heutigen Morgennummer) wird uns heute noch Folgendes telegraphirt:

Paris, 18. Jan. (Tel.) Seinen bereits gemeldeten Ausführungen fügte Ministerpräsident Méline noch hinzu: „Die Politik der Bewachung habe nach innen sowohl wie nach außen sehr gute Erfolge erzielt. Die Regierung fordert von der Alughheit der Kammer, daß sie ein Ende mache mit der übertriebenen Agitation. Méline schloß seine Ausführungen, indem er auf die Ehre der Armee und die Achtung vor dem Richterstande hinwies und das Vertrauen der Kammer forderte. (Beifall.)“

Cavaignac hielt es für unzulässig, daß der Kriegsminister schweige in dem Augenblicke, in welchem die Armee angegriffen werde. Lavertujon brachte den Antrag ein, die Berathung der Interpellation Cavaignacs um einen Monat zu vertagen. (Lebhafte Erregung.)

Die Vertagung um einen Monat wurde mit 277 gegen 219 Stimmen abgelehnt.

Perier de Larzac beantragte, die Besprechung der Interpellation bis zur Erledigung der bereits vorgemerkten Tagesordnung zu vertagen. Cavaignac bekämpfte die Vertagung und tadelt Méline, daß er nicht seine Ansicht ausspreche. (Méline ruft daraufhin: „Ich will sie nicht aussprechen.“) Cavaignac bestand auf sofortiger Besprechung. Méline schloß sich dem Antrage Perier de Larzac an und wies darauf hin, wie unpolitisch es wäre, eine Agitation weiter zu unterhalten, welche schon zu lange gewährt hatte. Méline fügte hinzu, sollte die Kammer sich für sofortige Berathung aussprechen, dann würde das Cabinet demissioniren. (Lebhafte Erregung.) Der Antrag Perier de Larzac wurde hierauf, wie bereits gemeldet, mit 310 gegen 252 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde geschlossen.

Die größte Demonstration, die bis jetzt taggefunden hat, war die schon seit mehreren Tagen geplante Versammlung, die gestern Abend im Trook-Daughall in Paris stattfand; es wird uns darüber auf telegraphischem Wege gemeldet:

Paris, 18. Jan. (Tel.) Das große Meeting im Trook-Daughall hatte eine beträchtliche Menschenmenge herbeigeloct. Etwa 1800 Personen waren im Saale, ebenso viele befanden sich draußen; es herrschte eine lebhafteste Erregung, welche durch die Camelots genährt wurde. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren außergewöhnliche Maßnahmen getroffen. Die benachbarten Straßen waren mit Mannschaften der Garde republicaine zu Fuß und zu Pferde dicht besetzt. Jeden Augenblick wuchs die Menge, auch das Polizeiaufgebot wurde beständig vermehrt.

Als der Saal bereits gefüllt war, drängte sich durch eine eingestößene Seitenthür eine Menge stürmisch herein. Unter der hoch erregten Menschenmasse waren auch Anarchisten zugegen. Von allen Seiten ertönten Rufe: „Nieder mit Jola, hoch die Commune, es lebe das Heer, es lebe die sociale Revolution!“ Durch Zurufe wurden Rochefort und Drumont zu Ehrenpräsidenten ge-

wählt. In Folge vereinzelter Hordruse auf die Juden entstand eine Schlägerei, bei der einer der Besitzer des Präsidiums verletzt wurde. Zum Präsidenten der Versammlung wurde Guérin gewählt.

Vor dem „Libre Parole“ wurden gestern Abend Manifestanten durch die Polizei zerstreut. Fünf von ihnen sind verhaftet. Vor dem Cercle militaire fehlte der Deputy Millepierre Kundgebungen zu Gunsten des Heeres durch. Auch die Studenten manifestierten an verschiedenen Stellen.

In vielen Städten der Provinz sind ebenfalls antijemiteische Kundgebungen gemeldet. In Clermont Ferrand, Grenoble und Bourdeaux verbreitete die Menge Zeitungen, die gegen Dreyfus eintraten, und rief: „Puis Jola, Tod den Juden!“

Ueber Demonstrationen aus anderen Städten liegen folgende Drahtmeldungen vor:

Marseille, 18. Jan. (Tel.) Etwa 3000 Personen veranstalteten unter den Fenstern des Offizier-Casinos Kundgebungen und riefen wiederholt: „Es lebe die Armee!“ Auch Blumensträuße wurden dort niedergelegt. Die Offiziere erschienen auf dem Balkon und riefen: „Es lebe Frankreich!“ Die Fahnen wurden gefeselt, um die Menge zu grüßen.

Eine Schaar von Studenten und jungen Leuten durchzog die Straßen unter den Rufen: „Nieder die Juden! Puis Jola!“ Vor den Häusern der Blätter fanden Beifallsäußerungen statt. Dann trennte sich die Menge ohne besonderen Zwischenfall. Eine besondere Truppe zertrümmerte die Spiegelscheiben an Läden, welche Juden gehörten. Gruppen von Tausenden von Manifestanten riefen vor den Geschäftshäusern, die im Besitz von Israeliten sind: „Nieder mit den Juden, Tod den Juden!“ Der Straßenverkehr war unterbrochen.

Nancy, 18. Jan. (Tel.) Etwa 300 Studenten durchzogen Abends die Straßen unter Pflurufen auf Jola, die Juden und Dreyfus und machten vor der Synagoge eine Kundgebung. Dann wurden sie zerstreut, sechs Verhaftungen wurden vorgenommen, aber nicht aufrecht erhalten.

Span, 18. Jan. (Tel.) Studenten veranstalteten vor dem „Journal du peuple“, welches für Jola Partei genommen hatte, Kundgebungen und zertrümmerten die Fensterscheiben des Hauses. Das Personal des Hauses setzte sich zur Wehr. Einige Studenten wurden durch Stockschläge und Steinwürfe verwundet.

Paris, 18. Jan. (Tel.) Das Regierungsorgan „Soir“ schreibt: Jola beabsichtigt als Zeugen den deutschen Botschafter in Paris Grafen Münster und den italienischen Botschafter Grafen Tornelli namhaft zu machen und ihre eibliche Vernehmung darüber zu beantragen, daß Dreyfus weder mit Deutschland noch Italien Beziehungen gehabt habe. (Graf Münster hat sich bekanntlich schon vor Einleitung des Esterhazy-Prozesses zu dieser eidesstattlichen Versicherung dem französischen Kriegsminister gegenüber bereit erklärt.) Dies scheint die Hauptursache der Verzögerung der Einleitung des Prozesses zu sein.

Die Demonstrationen gegen General Blanco.

Dem Reuter'schen Bureau wird über Rempest aus Havanna über die dortige Lage gemeldet: Nach den letzten drei Tage dauernden Unruhen ist die Ordnung einigermaßen wiederhergestellt. 5000 Mann regulärer Truppen sind von außerhalb angekommen, um die Stadtpolizei zu verstärken. Den Auftrütern war freier Lauf gelassen worden; ohne, daß die Behörden dazwischentraten, riefen sie: „Nieder mit Blanco und der Autonomie“ und „hoch Wexler!“ Die Offiziere, welche am Mittwoch die Räume der autonomiefreundlichen Blätter überfielen, erfreuen sich der Sympathie der Freiwilligen. Die Regierung magt nicht, sie dem Kriegsgericht zu überliefern. Einige hundert Personen stießen Mittwoch Nacht vor dem Palais die Rufe aus: „Tod Blanco und der Autonomie!“

Da das fünfte Freiwilligenbattillon, welches die Garnison des Palais bildet, offenbar mit den Schreibern sympathisirt, so hatten die Offiziere Schwierigkeiten, eine feindselige Haltung desselben zu unterdrücken. Der amerikanische Consul Lee schickte eine Botschaft an Blanco und erklärte, er werde ein Kriegsschiff zu Hilfe rufen bei dem ersten Falle, in welchem Leben und Eigentum eines Amerikaners angegriffen worden sei. Blanco antwortete, Spanien könne die Ordnung ohne Hilfe von außen aufrecht erhalten. Die Offiziere der Freiwilligen machen kein Geheimnis aus ihrer Absicht, die Abberufung Blancos durchzusetzen zu wollen. Am Freitag und die letzte Nacht rief überall die Menge „Es lebe Spanien und Wexler!“

Nach einer neueren Depesche aus Havanna hat der verhaftete Picou in Santa Clara, nicht in Havanna einen Mordversuch gegen den Präsidenten gemacht. (cf. Telegramm in der heutigen Morgennummer.) Nicht Marshall Blanco, sondern der commandierende General in Santa Clara bewirkte die Verhaftung des Attentäters.

Rußland und England in Ostasien.

Gegenüber den in diesen Tagen in Petersburg stark verbreiteten Gerüchten, daß in Port Arthur mehrere englische Schiffe eingelaufen seien und Port Arthur selbst als Freihafen erklärt worden sei, erklärt die Petersburger „Nowoje Wremja“, daß beides unbegründet ist. Das Blatt fährt dann fort:

Im Dezember v. J. zeigten sich auf der dortigen „Ajn-Phu“ die englischen Schiffe „Daphne“ und „Phigonia“, aber nur auf kurze Zeit. Demonstrationen anderer Flottengeschwader irgend einer Macht sind nicht erfolgt und könnten wegen ihrer Zwecklosigkeit auch gar nicht erfolgen. Russische Schiffe unter dem Commando des Admirals Reunow liegen nach wie vor vor Port Arthur, woselbst sich nur noch zwei chinesische Panzerschiffe befinden. Die Lage im fernen Osten ist seit dem Anfang des Jahres überhaupt unverändert. Wenn englische Schiffe demonstrativ vor Chemulpo erschienen sind, so

konnte der Zweck nur sein, die Rechte des Engländer Brown zu mahnen, welcher einen Vertrag mit der koreanischen Regierung abgeschlossen hat, aber keineswegs eine Prästation wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Koreas zu behaupten. Seit dem Herbst vorigen Jahres hat der König von Korea den Titel eines Kaisers angenommen. In dieser Würde wurde der König von Korea zuerst von Rußland, dann von den anderen Mächten anerkannt.

Am meisten rechnen die Engländer wohl auf einen Erfolg in Sachen der chinesischen Anleihe, welche ihnen unzweifelhaft Nutzen bringen würde. Sie würden dabei neue Concessionen und Privilegien in China erlangen und Japan die Möglichkeit gewähren, die Kriegscontribution von China sofort zu erhalten und sofort die japanischen Schiffe, welche auf englischen Werften bestellt sind, zu bezahlen. Dadurch würde die japanische Kriegsflotte gestärkt werden, was für England vorteilhaft wäre. Der Artikel schließt: China wird sich jedoch, wie es scheint, nicht Schulden aufbürden, damit Japan in England Panzerschiffe kaufen kann. Ueber den letzten Aufenthaltsort der russischen Kriegsschiffe in Ostasien berichtet der amtliche „Aronskobskij-Westnik“: In Ichiu liegt das Kanonenboot „Koreje“, in Chemulpo das Kanonenboot „Manchaur“ und der Kreuzer „Sabiaka“, in Wladiwostok 2 Torpedokreuzer „Wladnik“ und „Saidamak“. Sechs Kreuzer sowie 3 Kanonenboote befinden sich theils in Port Arthur, theils in Taitien-Man.

Deutschland.

F. Berlin, 17. Jan. Ein Beleidigungsprozeß gelangt morgen vor der Strafammer des königlichen Landgerichts Berlin I zur Verhandlung. Einige Zeit, nachdem General v. Poddjelski zum Staatssekretär des Reichspostamts berufen war, ging die Nachricht durch die Presse, der Herr Staatssekretär habe, um sich über den inneren Dienst bei den Postanstalten zu informieren, bei dem in der Beutelsstraße belegenen Postamt 19 unerkannt Beobachtungen angestellt. Diese Behauptung des neuen Staatssekretärs hob die „Staatsb.-Ztg.“ lobend hervor. Gleich darauf erschien in verschiedenen Zeitungen die Nachricht, die Oberpostdirection habe an sämtliche Postanstalten Berlins Photographien des Herrn Staatssekretärs verteilen lassen, damit die Beamten sich die Gesichtszüge des neuen Chefs einprägen.

In Folge dieser und anderer Nachrichten brachte die „Staatsb.-Ztg.“ vom 8. September 1897 einen Artikel, in welchem sie erklärte, der durch die Presse laufende Artikel eines Berliner Berichterstatters, der sich gegen die Harun al Raschid-Rolle des Herrn v. Poddjelski wendet, sei von dem Postinspector Wahle im Auftrage der Oberpostdirection inspirirt. Die „Staatsb.-Ztg.“ hatte dazu bemerkt, daß sie für sonderbar halte, daß eine Behörde einen Berichterstatter zum Sprachrohr ihrer Behauptungen gegen ihren obersten Verwaltungschef mache und sich der Presse bediene, um Maßnahmen des obersten Chefs zu kritisieren.

Aus Anlaß dieses Artikels stellte die kaiserliche Oberpostdirection in Berlin gegen den verantwortlichen Redacteur der „Staatsbürger-Ztg.“, Johannes Willberg, Strafantrag wegen Beleidigung. In einem am 23. Dezember 1897 angehängten Termine wurden von dem Vertreter der Anklagebehörde die zwei Eingangs mitgetheilten Nachrichten, sowie alle in dem incriminirten Artikel enthaltenen Behauptungen als ersunden bezeichnet. Der Verteidiger des Angeklagten Willberg, Rechtsanwalt Ulrich, bemerkte jedoch, daß er für sämtliche Behauptungen den Beweis der Wahrheit führen könne. Er beantragte deshalb, den Termin zu vertagen und zu dem neuen Termin als Zeugen zu laden: den Staatssekretär des Reichspostamts, Eggelsen v. Poddjelski, den Oberpostdirector, Geh. Oberpostsrath Griesbach, den Postinspector Wahle, den Chefredacteur Bollrath, den Chefredacteur Dr. Friedrich Lange und den Zeitungsberichterstatter Alfred Lange. Seitens des Staatsanwalts wurde beantragt, auch die Posträthe Buschow und Wabner als Zeugen zu laden. Da sich außerdem ergeben hat, daß Berichterstatter Lange den Oberpostdirector Griesbach wegen Beleidigung verklagt hat, so ist vom Rechtsanwalt Ulrich auch die Vorlegung dieser Acten beantragt worden.

* [Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein] wird auf Anordnung der Aerzte an den nächsten Hoffestlichkeiten noch nicht Theil nehmen.

* [Ein Gruß vom Prinzen Heinrich.] Der Reichspostdampfer „Friedrich der Große“, Capitän Eichel, welcher gegenwärtig auf der Heimreise begriffen ist, passirte auf hoher See das nach China entsandte deutsche Kriegsschiff „Deutschland“ mit dem Prinzen Heinrich an Bord. Beim Annähern des Kriegsschiffes ließ Capitän Eichel von seiner Musikkapelle das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ spielen und kräftige Hurrahs gingen von Bord zu Bord. Auf der „Deutschland“ waren die Mannschaften an Deck aufmarschirt, und an ihrer Spitze stand Prinz Heinrich durch Schwanken seiner Mütze der Bemannung des „Friedrich des Großen“ die freundschaftlichen Segensgrüße zu. Unter den Klängen des „Preußenmarches“ entfernten sich dann beide Schiffe immer weiter von einander, „Friedrich der Große“ nach Westen, „Deutschland“ nach dem fernen Osten.

* [Die Zahl der Orden], die bei dem Ordensfest verliehen sind, war größer als in einem der Vorjahre. Es sind im ganzen 2009 Personen decorirt gegen 1910 im Jahre 1897, 1953 im Jahre 1896, 1905 im Jahre 1895 und 1732 im Jahre 1894.

Dresden, 17. Jan. Der König hat heute den Landeshauptmann von Deutsch-Südwestafrika Major v. Leutwein in Audienz empfangen.

Statten.

Rom, 17. Jan. Bei dem heutigen Empfange von etwa 400 römischen Patrioten hielt der Papst eine Ansprache, in welcher er die Fuldigung derselben als Behauptung der unauf lösblichen Allianz zwischen dem Papstthum und einer Stadt lobte, welche den Charakter eines heiligen Ortes habe. Der Papst wies die Anschuldigungen, welche diese Treue als unheilvoll für das Vaterland darstellten, zurück. Die Nation werde so lange kein Heil haben, als sie dem Einflusse der Sediten ausgesetzt sei.

Das Befinden des Papstes ist ein ausgezeichnetes. (M. T.)

Ancona, 17. Jan. Durch ein socialistisches Manifest war die Bevölkerung von Ancona aufgefordert worden, gegen eine dort erfolgte Er-

höhung der Brodpreise zu protestiren. Gestern Vormittag begaben sich etwa hundert Frauen mit ihren Kindern nach dem Rathhause, um eine Herabminderung der Brodpreise zu verlangen. Der Bürgermeister versprach, alsbald entsprechende Maßnahmen zu treffen. Inzwischen hatte sich ein großer Haufe Männer dazu gestellt. Einige Kinder warfen Steine gegen die Fenster des Rathhauses. Nachdem die Polizei den Platz vor dem Rathhause geäubert hatte, ergoß die Menge sich, von der Polizei verfolgt, in die Straßen und zertrümmerte durch Steinwürfe mehrere Schaufenster; in Folge dessen wurden die Geschäfte geschlossen. Es kam zu Tumulten; einige Beamte der öffentlichen Gewalt und eine Frau wurden verwundet. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Kundgebungen wurden fortgesetzt, um die Entlassung der Verhafteten zu erwirken. Erst Abends gelang es der Polizei, die Ruhe herzustellen. (M. T.)

Von der Marine.

Berlin, 18. Jan. (Tel.) Die Capitänleutenants Meyerings und Dick sind zu Corvettencaptains, die Lieutenants v. Rohlf'sch und Panten und Troje sind zu Capitänleutenants, die Unterlieutenants Luppe und Ruppe aus Danzig sind zu Lieutenants ernannt. * Laut telegraphischer Meldung an das Ober-Commando der Marine beabsichtigt Prinz Heinrich mit der 2. Division des Kreuzergeschwaders „Deutschland“ und „Gefion“ am 15. Januar nach Colombo in See zu gehen. Die Corvette „Charlotte“ ist am 14. Januar in Les Cayes (Saiti) angekommen und beabsichtigt am 17. Januar nach Havanna in See zu gehen.

Am 19. Jan.: **Danzig, 18. Jan. M. A. 5. 25.** SA7.55EU3.57. M. U. bei Tage.

Wetterausichten für Mittwoch, 19. Januar, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Molkig, theils heiter. Strichweise Niederschläge. Frostig. Lebhafter Wind.

Freitag, 21. Januar: Theils heiter, theils neblig, normale Temperatur.

Sonnabend, 22. Januar: Wenig verändert, später Nebel, feucht.

* [Die Entwicklung des deutschen Schiffbaues.] Bei der Gewerbebejählung vom 14. Juni 1895 sind 1130 Schiffbaubetriebe mit 35 336 beschäftigten Personen ermittelt worden, während bei der vorigen Gewerbebejählung am 5. Juni 1882 zwar 39 Betriebe mehr angetroffen wurden, welche jedoch nur 52 524 Personen beschäftigten. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist demnach um 12 812 d. h. also um 56,9 Proc. gestiegen. Diese Steigerung kommt im wesentlichen den größeren Betrieben zu gute, da bei denjenigen, welche mehr als 50 Personen beschäftigen, die Zunahme der Arbeiter 70,2 Proc. (gegen 11,0 Proc. in kleineren Betrieben) betragen hat. Rechnet man die 82 „Nebenbetriebe“ ab, so kommen 1048 Schiffbaubetriebe in Betracht. Von diesen entfallen zwar nur 58 Betriebe auf das Gebiet der Ostsee, während 135 Betriebe dem Nordseegebiet angehören, doch ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter in beiden Gebieten ziemlich gleich, denn es stehen 13717 Arbeiter an der Ostsee, den 14406 Arbeitern an der Nordsee gegenüber. Am stärksten vertreten sind die Schiffbaubetriebe in der Stadt Hamburg, wo 68 Betriebe mit 5470 Arbeiter gezählt wurden, die Anzahl der Arbeiter wird aber noch übertroffen im Kreise Wilmund, in welchem die kaiserliche Werft zu Wilhelmshaven liegt. Dort sind 5816 Arbeiter gezählt worden, welche allerdings sich nur auf 5 Betriebe verteilen. Im Gebiete der Ostsee nimmt die erste Stelle der Stadtkreis Alst mit 6 Betrieben und 4928 Arbeitern (darunter die große kais. Werft) ein. An zweiter Stelle steht Danzig mit 7 Betrieben und 2789 Arbeitern. Erst in dritter Linie kommen die Schiffbaubetriebe bei Stettin, welche sämtlich im Kreise Radow liegen. Hier kommen auf 17 Betriebe 1825 Arbeiter. Bemerkenswerth ist der hohe Stand des Schiffbaues in Flensburg, wo in 4 Betrieben 1266 Arbeiter in Arbeit stehen.

* [Falsche Nachricht.] Ein hiesiger Correspondent, dessen Meldungen sich schon oft als recht phantastisch erwiesen haben, verbreitet heute in mehreren Provinzialorganen folgende Noth:

Der Direction der hiesigen elektrischen Straßenbahn ist in Folge der in letzter Zeit wieder vorgekommenen Unfälle eine Verfügung des Regierungspräsidenten zugegangen, welche die Einstellung eines Obercontrolleurs fordert, der besonders die Aufsicht über den Betrieb unter sich hat.

Die Direction der Danziger Straßenbahnen ersucht uns um die Erklärung, daß ihr von der angegebenen Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten nichts bekannt ist. Die Einstellung eines neuen Controlleurs ist aus eigener Initiative der Gesellschaft und lediglich aus allgemeinen Betriebsrücksichten geschehen.

* [Berein zur Ausschmückung und Wiederherstellung der Marienburg.] Unter dem Vorherrsche des Herrn Oberpräsidenten v. Goltz fand heute im kleinen Saale des königlichen Oberpräsidiums eine Vorstandssitzung statt. Man beschloß zunächst, das der Wittve sich gehörige, Vorherrsche Nr. 25 belegene Grundstück für einen angemessenen Preis anzukaufen. Dieses Grundstück bildet die letzte Lücke der in den Besitz des Marienburger Schlosses übergegangenen Grundstücke zwischen dem sogenannten „Dankers“ und dem Hofmeisterhof und ist unbedingt notwendig zur Wiederherstellung der Verbindung zwischen dem Brückenthor und dem Hofschloß. Von den General-Vertretern der königlichen Museen war ferner der Ankauf eines Antiphonars von vorzüglicher florentinischer Arbeit aus dem 15. Jahrhundert für den Preis von 15 Pfund Sterling empfohlen. Dasselbe war zur Ansicht eingekauft und man beschloß, es für den offerirten Preis zu kaufen. Alsdann wurden nur noch laufende geschäftliche Angelegenheiten erledigt.

* [Eindachung.] Einer kleinen Reparatur wegen wurde der Aviso „Blitz“ heute Vormittag in das Trockendock der kais. Werft gebracht.

* [Stadttheater.] Durch die Krankheit des Herrn Ernst Arnot, dessen neulich bei einer Aufführung des „Geisha“ eingetretenes Fehlen noch nicht gehoben ist, hat das Repertoire einige Veränderungen erhalten müssen. Für Donnerstag sind statt der „Geisha“ die „Glocken von Corneville“, für Freitag „Bastien und Bastienne“ und „Das goldene Kreuz“, für Sonnabend „Die officielle Frau“ angelegt. Sonntag Abend soll die neue Posse „Eine tolle Nacht“ zur Aufführung kommen.

* [Bildungs-Berein.] Gestern Abend hatte der Bildungsverein einen leibhaftig besuchten Unterhaltungsabend veranstaltet, in welchem das bereits bei dem

Weihnachtsfeste mit großem Erfolge gegebene Stück: „Ein Weihnachtsstraßen“ wiederholt wurde. Ferner wirkte der gemischte Chor mit mehreren Sängern mit.

* [Amtliche Personalnachrichten.] Der Ober-Regierungsath Fernow zu Frankfurt a. O. ist an die Regierung zu Breslau versetzt und ihm die Stelle als Dirigent der Finanzabtheilung in Angelegenheiten der Verwaltung der direkten Steuern übertragen worden.

* [Ballgesellschaften.] Außer dem von uns mitgetheilten Repräsentationsball des Herrn Polizei-Präsidenten Meißel, welchen derselbe heute im Saale des Schützenhauses giebt, findet ein solcher dortselbst am 20. d. Mts. von Herrn Oberst Wackensan, am 1. Februar von Herrn Canorath Dr. Maurauch statt. Der Ball des Offiziercorps des Landwehrbezirks Danzig findet am 18. Februar in den Räumen des Schützenhauses statt.

* [Goldene Hochzeit.] In St. Albrecht beging am Sonntag das Eisenbahnarbeiter Ephraim Dettfisch'sche Ehepaar die goldene Hochzeit. Die Einsegnung des noch rüstigen Paares fand in der dortigen Kapelle durch Herrn Pfarrer Dhl statt, wobei dem Paare ein vom Regierungspräsidenten aus dem allerhöchsten Gnadenfonds bewilligtes Geschenk von 30 Mh. überreicht wurde.

* [Verstüchter Einbruchdiebstahl.] Bei dem an Sandgruben- und Aninchenberg-Ecke wohnenden Bäcker Herrn Chmke ist heute früh gegen 3 Uhr ein Einbruch verjüht worden. Die Einbrecher hatten eine in der zum Bäckerladen führenden Thür befindliche Blechschleibe durchbrochen und verjühten dann die Thür, in der sich der Schlüssel befand, von innen zu öffnen, als die unter dem Laden in der Backstube arbeitenden Gesellen den Einbruch merkten und die Diebe verjühten. Einer derselben, der scheinbar ganz harmlos vor dem Hause auf- und abging, erhielt von den Gesellen erst einen sog. „Deuzettel“ und sollte dann einem in der Nähe wohnenden Schuhmann übergeben werden, doch gelang es ihm, zu entweichen. Inzwischen tauchte der andere Einbrecher, der sich im Versteck gehalten hatte, auf, verjüht einem der Bäcker Gesellen einen erheblichen Messerschnitt über die Backe und suchte dann ebenfalls das Weite. Man verfolgte ihn durch den Logengang bis zur Promenade, wo er aber im Dunkel der Nacht in den Anlagen entjüht. Bei der Flucht hatten die Spürhunde eine gefüllte Cigaretten-Tasche, sogenannt „Kropf“, der auch anscheinend aus einem Diebstahl herrührt, zurückgelassen.

* [Diebstahl.] Der oft bestrafte Arbeiter St. entwendete gestern aus dem Eingange des Fall'schen Delicatswaren-Geschäfts einen Hafen und suchte sich mit demselben zu entfernern. Er wurde jedoch angehalten und verhaftet.

[Polizeibericht für den 18. Januar.] Verhaftet 7 Personen, darunter 1 wegen Mißhandlung, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Diebstahls, 2 wegen Trunkenheit, 1 wegen Unfugs, 1 Bettler, 5 Odbachlofe. — Gefunden: 2 Paar Strümpfe, 1 Notizbuch, 1 schwarzer Muff, 1 Paar braune Winter-Triothandjüchse, 2 weiße Taschentücher, 1 brauner Kindermantelkragen, 1 Schlüssel, 1 Schriftstück betreffend die früheren Verhältnisse des Dorfes Müggelshof, abgehoben aus dem Fundbureau der königlichen Polizei-Direction. Am 22. v. Mts. 1 Kasten mit Spielsachen, abgehoben aus dem Criminal-Bureau Ankerhufmiedegasse; vor vierzehn Tagen 1 Kinderhäftchen, abgehoben aus dem Bureau des 7. Polizei-Bezirks zu Langfuhr. — Verloren: 1 goldenes Pinne-nez, Arankenhasenbuch und Quittungskarte des Arbeiters Johann Steinhöfel, 1 schwarze Schürze, abgehoben im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction.

(Weiteres in der Beilage.)

Aus der Provinz.

W. Elbing, 17. Jan. Bei dem hiesigen Amtsgericht ist nunmehr die Eintragung der Haffuferbahn-Actiengesellschaft erfolgt. Es beträgt das Grundkapital 2 750 000 Mh. Dasselbe besteht in 2750 Stück Actien a 1000 Mh. Die Actien zerfallen in 1500 Stück Vorzugs-, 593 Stück garantierte Stamm- und 657 nicht garantierte Stammactien. Den Vorzugsactien wird bis zum Betrage von 4 Proc. bei dem Dividendenbejuge und außerdem bei einer etwaigen Liquidation der Gesellschaft bis zur Höhe von 1500 000 Mh. ein Vorrath vor den Stammactien gewährt. Den Stammactien wird auf die Dauer von 20 Jahren eine 3/2 Proc. Dividende gewährleistet. Hieran sind bejüht die Provinz Westpreußen mit 7000 Mh., Stadtkreis Elbing mit 6930 Mh., Landkreis Elbing mit 3325 Mh. und Kreis Braunsberg 3500 Mh. jährlich.

In der letzten Sitzung des Elbinger Fischereivereins wurde u. a. über die Verjüftung des Draußenjees verhandelt. Herr Polizei-Rathst Grob verlas zunächst ein Gutachten des Herrn Apothekers Lehnert über das Wasser des Draußenjees, monach dasselbe viele giftige Stoffe enthält, die aller Wahrscheinlichkeit nach von den Abwässern der Zuckerfabriken Hirschfeld und Altselbe herrühren. Hierdurch werde die Fischjucht sehr beeinträchtigt und das Wasser sei gesundheitsgefährlich. Es wurde beschloffen, zunächst gegen die Zuckerfabrik Hirschfeld im gerichtlichen Lagerwege vorzugehen, um diesem Uebelstande abzuhelfen; die Kosten des Prozesses sollen aus der Kasse des Fischereivereins bestritten werden. (E. J.)

△ **Zuchel, 17. Jan.** Der Verwaltungsbericht des Bayerischen Frauenvereins hierjüht giebt ein erfreuliches Bild über die erspriehliche Vereinthätigkeit im verjühten Jahre. Der am 12. Juni 1870 gegründete Verein zählt 110 Mitglieder, welche ca. 300 Mh. Beiträge aufbringen. An verschämte Arme wurden 400 Mh. Unterstützungen gesandt, einer Pflegeschwester 100 Mh. Beihilfe gewährt; die Unterhaltung der Spielkugel, welche von 60 Kindern aller Confectionen bejüht wird, erfordert einen Aufwand von 1000 Mh., die Unterhaltung einer Suppenküche 200 Mh. Der für die Spielkugel gewährte Staatszuschuß betrug 510 Mh. Das Vereinsvermögen beträgt 2000 Mh.

R. Schwet, 17. Jan. Endlich hat sich die Eisenbahn-Verwaltung dazu entschloffen, die völlig unzureichenden Warterräume des hiesigen Bahnhofgebäudes zu vergrößern. Soffentlich ist die Vergrößerung zu dem stetig steigenden Verkehr in einem richtigen Verhältnisse, damit nicht nach wenigen Jahren neue Uebelstände in dieser Beziehung zu Tage treten. Ferner sollen auch der Güterjchuppen und das Beamtenwohnhaus durch entsprechende Anbauten vergrößert werden. Da die erforderlichen Vorarbeiten bereits erledigt sind, wird bei anhaltender günstiger Witterung wohl bald mit dem Bau begonnen werden.

Rönigsberg, 16. Jan. Herr Oberpräsidialrath Dr. Maurauch wird in nächster Zeit aus seiner hiesigen Wirkksamkeit ausscheiden. Wie die „Ag. Carl. Ztg.“ meldet, wurde vor einer Woche die Nachricht colportirt, und zwar mit der Begründung, daß es zwischen Herrn Oberpräsidialrath Maurauch und dem Herrn Oberpräsidialrath Grafen Bismarck zu ernstlichen Differenzen gekommen sei, die eine Aenderung der Lage nach irgend einer Richtung hin als unumgänglich notwendig erscheinen ließen. Weite Kreise in Stadt und Provinz werden, fügt die genannte Zeitung hinzu, das Scheiden des Herrn Oberpräsidialrath Maurauch mit tiefem Bedauern aufnehmen. Oberpräsidialrath wurde Herr Dr. Maurauch, der bis dahin in Johannsburg Landrath gewesen war, unter v. Schlieckmann im Jahre 1890. Gelegentlich der Jubelfeier ernannte ihn die Albertus-Universität zum Dr. jur. hon. causa.

b. Jasterburg, 17. Jan. Ein Fall grober Ausschreitungen zweier Genarmen gegen einen in Haft befindlichen Ancht hat hier in der letzten Strafhammerjcheidung die gerichtliche Bestätigung gefunden. Im Juni vorigen Jahres verjühten die Genarmen Terner von hier und Weber - Georgenburg auf einer Baustelle den Anecht Brojulat wegen des Verdachtes,

einen Diebstahl begangen zu haben. In der Hofstelle...

Bermischtes.

Ueberschwemmungen.

Barcelona, 17. Jan. Die Flüsse Lobregat und Besos...

Andrés Ballon.

Der Meldung, daß Andrés Ballon in Nordamerika...

Letzte Telegramme.

Berlin, 18. Jan. Der Kaiser ist heute in Berlin...

London, 18. Jan. Die Gesellschaft der Angestellten...

Der „Standard“ bezeichnet die Entsendung der Truppen...

London, 18. Jan. Wegen Ausbreitung der Pest...

Manchester, 18. Jan. Von einer Reihe weiterer Firmen...

Glasgow, 18. Jan. Eine Anzahl unionistischer Arbeiter...

Washington, 18. Jan. 15 000 Arbeiter der Baumwollen-Spinnerei...

Englands Politik.

London, 18. Jan. Das Reuter'sche Bureau erfährt: Was die Politik...

Zugeständnisse von China erlangen dürfe, welche sie in den Stand...

Der Schahkanzler Balfour führte in der Handelskammer...

Standesamt vom 18. Januar.

Geburten: Arbeiter Johann Hilbrandt, S. — Arbeiter Ferdinand...

Heirathen: Kellner Max Eppert und Rosa Preuß. — Nägelscher...

Amtliche Notirungen der Danziger Börse

von Dienstag, den 18. Januar 1898. Für Getreide, Hülsenfrüchte...

Danzig, 18. Januar.

Getreidemarkt. (S. v. Morlein.) Wetter: Kräfte. Temperatur + 3° N.

Hafser inländ. 132, 134, 136 M. mit Geruch 120 M per 50...

Börsen-Depeschen.

Berlin, den 18. Januar. Wochenüberblick der Reichsbank vom 15. Januar.

Table with columns: Spiritus loco, Petroleum, Eisenbahn, etc. and values.

Berlin, 18. Jan. (Tel.) Tendenz der heutigen Börse. Die Börse eröffnete in fester Tendenz...

Danziger Getreidebericht.

Berlin, 18. Jan. (Tel.) Nebel und leichter Frost nebst...

Central-Viehhof in Danzig.

Auftrieb vom 18. Januar. Bullen 54 Stück. 1. Vollfleischige...

und gut genährte ältere Bullen 25-27 M. 3 gering genährte...

Meteorologische Depesche vom 18. Januar.

Table with columns: Stationen, Bar., Wind, Wetter, Tem. Cel.

Meteorologische Depesche vom 18. Januar.

Table with columns: Stationen, Bar., Wind, Wetter, Tem. Cel.

Meteorologische Depesche vom 18. Januar.

Table with columns: Stationen, Bar., Wind, Wetter, Tem. Cel.

Ueberblick der Witterung.

Ein hohes 780 Mm. überseigendes Barometermaximum...

Amtlicher Ostsee-Eisbericht

des Küstenbezirks-Amts III. zu Kiel für den 18. Januar...

Meteorologische Beobachtungen in Danzig.

Table with columns: Jan., Feb., Barom., Therm., Wind und Wetter.

Amtliche Anzeigen.

Behufs Verklarung der Gesunfälle, welche der eiserne Dampfer...

19. Januar 1898. Vormittags 10 1/2 Uhr, in unserem Geschäftslokale...

Zwangsvollstreckung. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche...

am 18. März 1898, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht...

Bekanntmachung. Die Stelle eines Hauptlehrers an untern Volksschulen...

Die Stelle eines Hauptlehrers an untern Volksschulen ist am 1. April...

Der Magistrat. Bekanntmachung. Die Chauvecegehebestelle...

Bekanntmachung. Die Chauvecegehebestelle Riesenwalde soll vom 1. April...

Bekanntmachung. Die Chauvecegehebestelle Riesenwalde soll vom 1. April...

Bekanntmachung. Die Chauvecegehebestelle Riesenwalde soll vom 1. April...

Bekanntmachung. Die Chauvecegehebestelle Riesenwalde soll vom 1. April...

Bekanntmachung. Aufolge Verfügung vom 13. Januar 1898 ist an demselben...

Gemüse-Conserven, nur aus den besten Fabriken Braunschweigs...

Carl Köhn, Dorf. Graben 45 Ecke Metzger gasse.

Frische Tafelzander, 45 Dkg., frische Karpfen, 50 Dkg.

frischen Silberlachs, lebend frischen Dorschlachs...

Wilh. Goertz, Frauen-gasse 46.

Maränen, frisch vom Rauch.

Wilh. Goertz, Frauen-gasse 46.

Kaiserbüsten in verschiedenen Größen sind zu haben...

Ricardo Belcarelli, Hundegasse 22.

Bekanntmachung. Aufolge Verfügung vom 13. Januar 1898 ist an demselben...

Bekanntmachung. Aufolge Verfügung vom 13. Januar 1898 ist an demselben...

Stellen-Angebote. Ein Conditorgehilfe für die 2. Stelle...

Vertreter für Käse gesucht von einer leistungsfähigen...

jungem Mann, welcher den Ein- und Verkauf sowie die Buchführung...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

Stellen-Gesucht. Ein ordentlicher Mann, besseren Standes...

3. Steindamm 31 ist eine frdl. Wohnung...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Mietgesuche. Gesucht ein heller, eleganter...

Schering's Malyertrakt

ist ein ausgezeichnetes Hausmittel zur Stärkung für Kranke und Konvaleszenten und bewährt sich vorzüglich als Unterstützung bei Blausucht, bei Scharlach, Scharlach, Scharlach etc. Bl. 75 Pf. u. 1.50 M.

Maly-Extrakt mit Eisen
Maly-Extrakt mit Kalk

Schering's Grüne Apotheke, Berlin N., Chaussee-Strasse 10.
 Niederlagen in fast sämtlichen Apotheken und größeren Drogenhandlungen.

Niederlagen: Danzig: sämtliche Apotheken, Danzig-Langfuhr: Adler-Apotheke, Eiegenhof: A. Anigge's Apotheke, Z. Prof.: Prof. Dr. Fromell, Skury: Apotheker Georg Lievan, Abler-Apotheke.

Familiär-Nachrichten

Statt jeder besonderen Meldung, Die glückliche Geburt eines frommen Jungen zeigen an Joppt d. 17. Jan. 1898 F. Speltt und Frau, geb. Barinowski.

Schiffahrt

SS. „Nero“

ist mit Gütern von Hull und mit Umladegütern ex SS. „Francisco“, „Bassano“ u. „Urbino“ hier angekommen. Die berechtigten Empfänger wollen sich melden bei (3371) F. G. Reinhold.

Es laden in Danzig:
 Nach London:
 SS. „Annie“, ca. 18./19. Jan.
 SS. „Aberfoyle“, ca. 25./29. Jan.
 SS. „Brunette“, ca. 28./31. Jan.
 SS. „Mlawka“, ca. 1./3. Febr.
 SS. „Blonde“, ca. 6./8. Febr.

Nach Bristol:
 SS. „Jenny“, ca. 23./26. Jan.
 Es ladet in London:
 Nach Danzig: (869)
 SS. „Blonde“ ca. 26./31. Jan.
 Th. Rodenacker.

LOCOMOBILEN
R. Wolf
 PREUSS. GOLDENE STAATS-MEDAILLE BERLIN 1896

Vertreter: Theodor Voss, Ingenieur, Danzig-Lanfuhr, Blumenstr. 5.

John Philipp,

Hypotheken - Bank - Geschäft,
 Danzig, Brodänkengasse 14, und
 Königsberg i. Pr., Aneiph. Langgasse 14.

Erstellige Beleihungen werden in sämtlichen Städten, sowie in Langfuhr zu den günstigsten Bedingungen, auch auf Neubauten, abgeschlossen. Fachgemäße und prompteste Erledigung der Anträge wird zugesichert. (747)

Grosses assortirtes Lager von Gold-, Silber-, Corallen-, Granat- u. Alfenide-Waaren.

Oscar Bieber, Juwelier,

Goldschmiedegasse Nr. 6.

Juwelen, Gold und Silber haufe und nehme zu höchsten Preisen in Zahlung. Selbstfabrikation von Verlobungsringen in jeder Dreistage auf Lager.

Vermischtes.

In meinem Institute Hundegasse 41, I, beginne ich jeden Monat einen Kursus in orthopädischen, Turnen, Heilgymnastik und Massage.

Dr. Masurke, Arzt.
 Special-Arzt für Kinderkrankheiten und Orthopädie.

Atelier künstlicher Zähne, Plomben etc.
Max Johl,
 Specialist für Zahn- u. Mundkrankheiten. Langgasse No. 18.

Nach England

über Vlissingen (Holland) Queenboro.

Zweimal täglich in beiden Richtungen. Grosse, prachtvolle Raddampfer. Wirkliche Seereise mit den neuen Nachtdampfern nur 2 1/2 Stunden. Durchgehende Wagen. Speisewagen zwischen Wesel und Vlissingen. Directe Zugverbindung (nur an Wochentagen) von und nach Queenboro, nach und von Liverpool, Manchester, Birmingham und Glasgow via Herne Hill und Willesden Junction, ohne London zu berühren.

Die Direction der Dampfschiff-Ges. Zeeland. (76)

Berlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachf. in Stuttgart.

Soeben erschienen

Johannes

Tragödie in 5 Akten und 1 Vorspiel von Hermann Sudermann.

Preis geheftet 3 M.

In Einband gebunden 4 M. — In Halbfranz gebunden 4.50 M.

Zu beziehen durch die meisten Buchhandlungen. (698)

Freitag, den 21. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale des Schützenhauses

Philharmonisches Concert

von Ludwig Heidingsfeld.
 Solistin: Kammerfängerin Fräulein Emma Hiller aus Stuttgart.

1. Ouverture zu „Johanna in Aulis“ Gluck.
2. Arie „Wie nahe mir“, aus „Freischütz“ Weber.
3. Cebrubentanz u. Aufzug d. Meistersinger Wagner.
4. Ingeborgs Alage, Arie mit Orchesterbegl. Bruch.
5. Drei Lieder am Klavier: Mendelssohn (Suleika), Heidingsfeld, Brahms (Meine Liebe ist grün).
6. Sinfonie D-moll Nr. IV Rob. Schumann. Flügel (Blüthner) von Max Lipschitz, Jopengasse. Numm. Bill. 4, 3, 2 M. für die Mitglieder des Danziger Gesangsvereins 3, 2, 1.50 M. Stehplatz 1 M. in d. Kommandanten-Bühnen Buchhlg. Langenmarkt Nr. 10. (638)

Zu Festlichkeiten

empfiehlt leibweise:
 Eisde, Stühle, Eisgebäude, Garderobenhalter, decorirte Tafelservice, Alfenidebestecke, sämtliche Glas- und Porzellan-gegenstände, sowie Beleuchtungsgegenstände zu billigen Preisen

Th. Kühl Nachfgr.,
 38 Langenmarkt 38, Ecke der Rürichergasse. (535)

Baugeschäft.

Vom 15. Januar a. cr. befindet sich unser Geschäftslokal in der 1. Etage

Altstädter Graben Nr. 96—97, vis-à-vis der Markthalle.

Wir empfehlen uns für Anfertigung von architektonischen und technischen Arbeiten, sowie für Bauausführung jeglicher Art. (820)

E. & C. Koerner,

Architekt und Baumeister.

Friedrich Wilhelm-Schützenhaus.

Mittwoch, den 19. Januar:

Gesellschafts-Concert

(Populärer Symphonie-Abend.)

(Direction: Herr C. Theil, Königl. Musikdirigent.)

U. A.: Ouverture zu „Anacreon“ von Cherubini, Ballettmusik aus „Seramors“ von Rubinstein. D-moll-Symphonie von Volkmann. Fantasie a. d. Op. „Der Postillon“ von Adam etc. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., Logen 50 Pf.

Zehnerbillets im Vorverkauf 2.50 M. bei Herrn C. Bismffen, Musikalienhandlung (G. Richter), Hundegasse 36, und Herrn W. Otto, Cigarrenhandlung, Magdalenengasse. Bei Benutzung der Logenplätze sind Zuschlagbillets an der Caffee zu lösen.

Carl Bodenburg,
 Königl. Hoflieferant.

Sonntag, den 23. Januar:

Grosses Concert.

Culmbacher Export-Bier

(Achtung!) (ches) der Reichsbrauerei in Culmbach offerirt in Gebinden und Flaschen die alleinige Niederlage von Robert Krüger Nachf., Langenmarkt 18, Telephon 359.

Schlesische

Stein-, Würfel- und Rußkohlen, schottische und englische Maschinenkohlen, engl. Rußkohlen, Schmiedekohlen, Steam small u. Gruskohlen

offeriren billigt und in bester Qualität, sowohl franco Wagon, als auch freier Zubere, bei Entnahme von viertel, halben oder ganzen Lasten frei Haus. (604)

Franz Reichenberg & Co.,

Danzig.
 Comtoir: Brodänkengasse 30.
 Lager: Ralkshanze, Neufahrwasserweg 5.

Loge „Zur Einigkeit“.

Sonabend, den 26. Februar 1898, Abends 8 1/2 Uhr:

Costümfest.

Anmeldungen werden bis spätestens 1. Februar bei Herrn Felix Kawalki, Langenmarkt Nr. 32, entgegen genommen. Die für Gäfte ertheilten Einladungskarten für die Winter-Saison 1897/98 sind an diesem Tage ungültig.

D. R. G. M. & Co.

Neue Mannbarkeit.
 Neue Regsamkeit und Lebensfrische,
 Neues Selbstvertrauen,
 Neues Gedächtnis,
 Neue Geschäftsfähigkeit,
 Neue Vergnügen werden durch Elektricität schwachen Männern verliehen. Durch Dr. Sanden's wunderbare Körperbatterie in Gürtelform wird dieses lebensbringende Element auf die leichteste und wissenschaftlichste Weise in Körper eingeführt, der Patienten sich e Heilung während des Schlafes bringend.

Dr. Sanden's Elektrischer Gürtel
 bewirkt sichere Heilung bei Gicht, Rheumatismus in all. Gliedern, Nervosität, Schlaf- u. Appetitlosigkeit, Influenza und Morphemkrankheit, Neuralgie, hysterischen Anfällen, Bleichsucht, Lähmung, Rückenmarksliden, Krampf, Herzklappen, Blutandrang zum Kopfe, Schwindel, Hypochondrie, Asthma, Brausen vor den Ohren, kalte Hände und Füße, Bettlägerigkeit, Hautkrankheit, überreichem Athem, Stöhl, Zahnschmerzen, Frauenleiden etc.

Wo alles vergeblid war, versuche man **Dr. Sanden's elektrischen Gürtel.**

Alle schwachen Männer, Frauen und Kinder sollen Dr. Sanden's elektrischen Gürtel tragen! Kaufende Beweise in allen Ländern beweisen den großartigen Erfolg. (23)

Preis p. Stück nur M. 8— portofrei gegen vorher. Geldein- oder Nachnahme. Discontofrei Versand. Bei Bestellungen ist Laistenumfang anzugeben. Einzige Bezugsquelle:

M. Feith, Berlin O.,
 Alexanderstr. 14 a

Die Gille Danziger Cardinen-Spann-Anstalt Inhaberin Auguste Wannack befindet sich von jetzt ab nur Altstädter Graben 19—20.

Wernarzer Wasser

Kgl. Bayr. Mineralbad Brückenau

Wernarzer Wasser ist von hervorragender Heilwirkung bei harter Diathese, Gicht, Nieren-, Stein-, Gries- u. Blasenleiden, sowie allen übrigen Erkrankungen der Harnorgane. — Die Quelle ist seit Jahrhunderten medizinisch bekannt. Erhältlich in allen Apotheken u. Mineralwasserhdlg. Schutzmarke

Hauptniederlage in Danzig bei Herrn E. Kornstadt, Rathsapotheke.

BOLERO
 Fleisch-Extrakt

General-Vertreter für Westpreussen Schul- & Landwehr in Danzig.

Wilhelm-Theater.

Director u. Reg. Hugo Mener.
 Gr. Specialit. Vorstellung.
 Noch nicht dagewesener Erfolg des neuen Künstler-Ensembles.

Les Alexandros, b. Non plus ultra d. Acrobatik.
 Sadi Alfarabi, Handhab. Equilibrist.
 Edelstein-Quintett, Gelangs- u. Tanz-Ensemble.
 Leonce et Lolla, Doppel-Jongleure.
 Cinegraphoscope und Coloroproscope, größte Neuheit d. Jahreshund., lebende Photographien in Verbindung mit Nebelbildern. Aufführung 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonabend, 22. Januar: „Elite-Maschinen-Ball“.

Es wird beabsichtigt den Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers durch ein gemeinsames Festessen am 27. d. Mts. feierlich zu begehen und werden die Einwohner Dittas und der Umgegend hierzu ganz ergebenst eingeladen! Anmeldungen betreffs Theilnahme werden bis zum 24. Nachmittags in dem Amtlokal entgegen- genommen. Alles Nähere befragen die Anschläge im Ort. Der Gemeindevorsteher von Dittas.

Loge Eugenia.

Liedertafel

den 5. Februar, 8 Uhr Abends.

Vereine.

Berein für Naturheilkunde.

Donnerstag, d. 20. Januar cr., Abends 8 Uhr, Langenmarkt 15 (Concordia) ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung gemäß § 20 des Statuts:

- 1) Jahresbericht.
- 2) Rechnungslegung u. Decharge
- 3) Bericht des Bibliothek- und Materialverwalters.
- 4) Wahl des Vorstandes.
- 5) Anträge.

Der Vorstand. Hoffmichel, Vorstehender.

Gochfeinen Grog-Rum, nicht von Essen, nur aus feinst. Dren-Jamaica-Rum. excl. Flasche von 1 M.

feinr. deutsch. Cognac, kein unangenehm schmedh. Essen-Cognac. excl. Flasche von 1.20 M. alte

Bordeaux-Rothweine, excl. Flasche von 90 S.

Ober-Ungar-Weine, süß und herb. excl. Flasche von 90 S.

Alter Portwein, excl. Flasche von 1.40 M.

R. Schrammke,
 Hausthor 2,
 Colonialwaaren-, Wein-, Rum- und Cognac-Verhandlungshaus.

Gänse-Hackfett, Pfund 50 S. (3372)

Wilh. Goertz, Frauen-gasse 46.

Pianinos

von 450 Mf. an, auch auf Theilzahlung, stark und solide gebaut, mit vollem, edlem Ton, leichter angenehmer Spielart, empfiehlt unter günstigen Bedingungen zu Kauf und Miethe. (843)

O. Heinrichsdorff,
 76 Poggenpuhl 76.

Träger und Schienen

in allen Profilen und Längen frei Baustellen, Bahn oder Schiff hier.

Gewicht und Tragfähigkeits-Berechnung kostenfrei.

Ludw. Zimmermann Nachf.,
 Danzig, Hofengasse No. 109/110.

Verloren, Gefunden.

Ein gold. Siegelring

ist gef. Nachm. resp. Abends mit W. C. ges. verl. Geg. Bel. abzug. Altstädter Graben 104, 1 Tr.

Briefmarken

neu eingetroffen, äußerst preiswerth. Columbus 1 und 2 Cent, Stück nur 1 S. (3375)

Clara Bernthal,
 Goldschmiedegasse Nr. 16.

ASTHMA

Leidende erhalten auf Wunsch gratis u. franco Broschüre gegerichtet d. d. Kaiser-Apothek Frankfurt a. M.

G. Kanold's Tamarinden Likör

erfrischender, abführender Fruchtlikör von höchstem Wohlgeschmack, sicher, mild und nachhaltig wirkend bei Magen- und Verdauungs-schwächen, Hämorrhoiden etc. Flasche 1 Mk. vorrätig in den Apotheken oder direkt von der Rathsapotheke in Grolfwald. Bei 6 Flaschen franko.

In einem Likörglase ist enthalten der wässrige Auszug v. 3 gr. Tamarindus ind., 5 gr. Frangula u. 0,5 gr. Senna.

M. R. Baum
 Lauenburg-Stolp i. P.

Versand-Abtheil.: Stolp i. P.

Fabrikation reellster pomm. Haus- und Wirtschaftsstoffe in anerkannt unübertroffener Haltbarkeit und Echtheit der Farben.

Specialität:
 Ginghams, Bettinschütt, Kleiderstoffs, Bezugszeug, Schürzenstoffs, Hausmacherleinen, Damenuethe, Tischzeuge, Handtücher, Warps, u. s. w. u. s. w.

Bei einfach. bis feinst. Genre. Vor Bestellung von 50 Meter an Anfertigung, beliebig, Dessins. Muster und Aufträge über 20 M. portofrei.

Görbersdorf in Schlesien.

Heilanstalt für Lungenkranke von Dr. Herrmann Brehmer, Begründer der heut massgebenden Behandlung der Lungenschwindsucht. Aerztlicher Direktor Professor Dr. med. Rud. Kobert. Prospekte kostenfrei durch die Verwaltung.

G. Klinsmann, Ingenieur,

Technisches Bureau, speciell für Ringofen- sowie Ziegeleibauten, Thonanalysen und Brennproben.

Gr. Plehnendorf,
 Danzig, Tobiasgasse 27. (3378)

Café Ludwig, Halbe Allee
 Jeden Mittwoch: (24436) Frische Waffeln.

Café Feyerabend,
 Halbe Allee. (138) Fernsprecher Nr. 479. Jeden Mittwoch: Waffeln.

Stebierhalle u. Restaurant
 2 Fleischergasse 2. Täglich Anstich von Bock-Bier.

Sowie anerkannt schmackhaft ge- hochste Königsberger Kinderfleisch. **C. Nikutowski.**

A. W. Dubke
 empfiehlt sein Lager von Holz und Kohlen zu billigsten Tagespreisen. Anterdmiedegasse 18.

10 Mf. Belohnung
 für Aufenthaltsangabe des Apothekers Herrmann Bieber, geb. 9. August 1867 in Billau, wegen möglicher Mittheilungen. Carl Topp, Berlin, Holzmärktstrasse 50 a. (23859)

Druck und Verlag von A. W. Rasemann in Danzig

Reichstag.

18. Sitzung vom 17. Januar.

Am Tische des Bundesrathes Graf Pofadowsky, v. Thielmann und zahlreiche Commissarien. Vor der Tagesordnung erhält das Wort Abg. v. Homburg (deutschkons.): In der letzten Sitzung hat der Abg. Stadthagen während meiner Abwesenheit zwei Fälle aus meiner richterlichen Thätigkeit zur Sprache gebracht und mein Verhalten mehr als abfällig beurtheilt. Beide Fälle sind theils unrichtig, theils unvollständig wiedergegeben. Ich bin der Meinung, unvollständig wiedergegeben. Ich bin der Meinung, unvollständig wiedergegeben. Ich bin der Meinung, unvollständig wiedergegeben.

Präsident v. Buol verweigert dem Abg. Stadthagen das Wort zu einer sachlichen Erwiderung und giebt es nur zur persönlichen Bemerkung.

Abg. Stadthagen (Soz.): Die Handlungen sind richtig vorgegangen, auch in der Defensivität schon bei den Vorgesetzten, und der Vordränger selbst hat in einem Zeitungsartikel dagegen polemisiert. Ich kann nur das zustimmende bezeugen, was ich natürlich nicht anders als vorgelesen. Ich werde bei Gelegenheit darauf zurückkommen.

Das Haus beginnt darauf die zweite Lesung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1898 und zwar mit dem Specialtheil des Reichstages.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats, zunächst des Etats des Reichstages. Zu dem Titel der einmaligen Ausgaben: „Weitere innere Ausschmückung des Reichstages“ beantragt die Commission eine Resolution, wonach über die Ausschmückung fortan eine aus sieben Mitgliedern des Reichstages und drei Mitgliedern des Bundesrathes zusammengesetzte Commission zu entsenden ist.

Hierzu liegt außerdem der Antrag Lenzmann vor, unter die einmaligen Ausgaben des Ordinariums den Betrag von 100 000 Mark zur weiteren Ausschmückung einzustellen.

Eine Debatte entsteht zunächst bei den dauernden Ausgaben. Bittel Bibliothek.

Abg. Lieber (Centr.) äußert den Wunsch, daß aus den 30 000 Mark zur Vergrößerung der Bibliothek nicht auch die Druckkosten des Catalogs bestritten werden, sondern daß die Deckung dieser Kosten anderweit erfolge.

Abg. v. Raab (nat.-lib.) stimmt dem zu. Abg. v. Nordhoff (Reichsp.) wünscht reichlichere Ausstattung des Lesesimmers mit ausländischen Zeitungen.

Nach kurzer weiterer Debatte hierüber wird der Titel Bibliothek genehmigt.

Auf Antrag Müller-Sagan (freis. Volksp.) wird sodann beschlossen, den Antrag Lenzmann wie auch die Resolution der Commission über die Ausschmückung des Hauses erst beim Etat des Reichstages des Innern zur Verhandlung zu stellen. Der Etat des Reichstages ist damit erledigt.

Es folgt der Etat des Reichstages des Innern.

Beim Titel Staatssecretär begründet

Abg. Hise (Centr.) eine von ihm beantragte Resolution, den Reichskanzler zu eruchen, bis zur nächsten Session dem Reichstage eine Zusammenstellung der auf Grund § 105 e der Verfassung für Betriebe mit Wind und unregelmäßiger Wasserkraft getroffenen Verfügungen und Entscheidungen vorzulegen. Redner giebt dann einen Ueberblick über die Sunntagsruhe in den verschiedenen Gewerbebezirken und erhebt gern an, daß auf diesem Gebiete von den Gewerbeinspectoren eine sorgsame Controle geübt werde. Zu wünschen sei ein gemeinsamer Unterbau für die gesammte sociale Versicherung. Weiter bemerkt Redner, man dürfe die Arbeiter, wenn man ihnen überhaupt das Coalitionsrecht gebe, nicht in Bezug auf die Freiheit zu sehr beschränken, sich des Coalitionsrechtes zu bedienen. Er lege einen großen Werth darauf, für sich selbst und seine Freunde ausdrücklich zu erklären, daß sie von dem neuesten Kundschreiben des Staatssecretärs des Innern bezüglich des Coalitionsrechtes der Arbeiter vorweg nicht das Geringsste gemüßt hätten. Was seine Resolution betreffe, so sehe ja fest, daß das Ausnahmerecht des § 105 e von den Behörden sehr verschieden gehandhabt werde. Die eine Behörde gehe strenger vor, als die andere. Merkwürdigerweise werde beispielsweise gerade in dem katholischen Bistum der Bistümer erlaubt, ihre Gehilfen ohne Rücksicht auf den Morgengottesdienst bis 10 Uhr Vormittags zu beschäftigen. In Sachsen würden ähnliche Concessionen den Barbieren gemacht, und dgl. mehr. Eine Zusammenstellung, wie er sie wünsche, sei daher in jedem Falle angezeigt.

Staatssecretär Graf Pofadowsky: Eine Ergänzung der Nachweisungen über die auf Grund der Verfassung erlassenen Bestimmungen wird dem Hause noch zugehen. Mit dem Bundesrathe werde ich auch speciell wegen einer Nachweisung über die Verordnungen gemäß § 105 e noch in Verbindung treten. Solche Verordnungen dürfen natürlich nicht auf dem Papier stehen bleiben und müssen außerdem möglichst gleichartig sein für das ganze Reich. In der nächsten Session werden mir jedenfalls eine neue Novelle vorlegen müssen, und da wird sich ja auch entscheiden, ob die Frage der Confectionsindustrie wieder vorkommen wird.

Abg. Wurm (Soz.) wendet sich lebhaft gegen den neuesten Kundschreiben des Grafen Pofadowsky. Es zeige sich sehr, daß er und seine Freunde die Rede desselben im December ganz richtig beurtheilt hätten. Die schlotternde Angst der Unternehmer (wachen rechts) werde vom Grafen Pofadowsky getheilt, daher dieser Erlaß gegen das Coalitionsrecht der Arbeiter. Am 13. December habe der Staatssecretär gesagt, man dürfe nicht jedem Unternehmer einen Polizeien Morgens zu gehen lassen. Und dabei am 11. December

dieser unerhörte Streich gegen die Arbeiter. Wie sehr man sich der Tragweite dieses Streichs bewußt gewesen, erhelle daraus, daß man sich geschaut habe, den Erlaß zu veröffentlichen. Wie solle der Arbeiter, der streike, wissen, was in der Fabrik vorgehe, wenn er nicht Posten solle aufstellen dürfen? Gegen schwarze Listen der Unternehmer thue der Staatssecretär nichts; dazu schweige er. Der Arbeiter solle dagegen nicht einmal mehr dem streikbrechenden Kameraden sagen dürfen: Höre auf! halte zu uns! Man will die Streiks beschränken, das ist des Pudels Kern bei dem Erlaß. Wenn alles das, was der Erlaß verhindern will, nicht mehr geschehen darf, so hängt man den Gemeindefürsorglichen Mühseln an, so häßt man den Gemeindefürsorglichen Mühseln an, so häßt man den Gemeindefürsorglichen Mühseln an.

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

Staatssecretär Graf Pofadowsky (fortfahrend): Wir müssen die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen den Terrorismus der Streikenden schützen. Wir sind es, die dadurch die bürgerliche Freiheit schützen (Gelächter links). Ueber den Erwerb des Runderlasses seitens des „Vorwärts“ werde ich zum Schluß sprechen. (Zuruf links: Lächerlich!)

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

Staatssecretär Graf Pofadowsky (fortfahrend): Wir müssen die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen den Terrorismus der Streikenden schützen. Wir sind es, die dadurch die bürgerliche Freiheit schützen (Gelächter links). Ueber den Erwerb des Runderlasses seitens des „Vorwärts“ werde ich zum Schluß sprechen. (Zuruf links: Lächerlich!)

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

Staatssecretär Graf Pofadowsky (fortfahrend): Wir müssen die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen den Terrorismus der Streikenden schützen. Wir sind es, die dadurch die bürgerliche Freiheit schützen (Gelächter links). Ueber den Erwerb des Runderlasses seitens des „Vorwärts“ werde ich zum Schluß sprechen. (Zuruf links: Lächerlich!)

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

Staatssecretär Graf Pofadowsky (fortfahrend): Wir müssen die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen den Terrorismus der Streikenden schützen. Wir sind es, die dadurch die bürgerliche Freiheit schützen (Gelächter links). Ueber den Erwerb des Runderlasses seitens des „Vorwärts“ werde ich zum Schluß sprechen. (Zuruf links: Lächerlich!)

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

Staatssecretär Graf Pofadowsky (fortfahrend): Wir müssen die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen den Terrorismus der Streikenden schützen. Wir sind es, die dadurch die bürgerliche Freiheit schützen (Gelächter links). Ueber den Erwerb des Runderlasses seitens des „Vorwärts“ werde ich zum Schluß sprechen. (Zuruf links: Lächerlich!)

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

Staatssecretär Graf Pofadowsky (fortfahrend): Wir müssen die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen den Terrorismus der Streikenden schützen. Wir sind es, die dadurch die bürgerliche Freiheit schützen (Gelächter links). Ueber den Erwerb des Runderlasses seitens des „Vorwärts“ werde ich zum Schluß sprechen. (Zuruf links: Lächerlich!)

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

Staatssecretär Graf Pofadowsky (fortfahrend): Wir müssen die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen den Terrorismus der Streikenden schützen. Wir sind es, die dadurch die bürgerliche Freiheit schützen (Gelächter links). Ueber den Erwerb des Runderlasses seitens des „Vorwärts“ werde ich zum Schluß sprechen. (Zuruf links: Lächerlich!)

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

Staatssecretär Graf Pofadowsky (fortfahrend): Wir müssen die Arbeiter, welche arbeiten wollen, gegen den Terrorismus der Streikenden schützen. Wir sind es, die dadurch die bürgerliche Freiheit schützen (Gelächter links). Ueber den Erwerb des Runderlasses seitens des „Vorwärts“ werde ich zum Schluß sprechen. (Zuruf links: Lächerlich!)

Präsident Schmidt ruft dieserhalb den unbekannt gebliebenen Zwischenruf zur Ordnung.

auch nur annähernd ähnlicher Weise gegen die Unternehmer aufgetreten sei, gegen deren schwarze Listen? Die Position für den künftigen Wahlkampf ist nach dem Erlaß des Reichssecretärs des Innern gegeben. Vertrauen bei den Arbeitern hat er nicht mehr!

Präsident v. Buol rügt die Ausdrücke des Redners, mit denen er den Erlaß des Reichssecretärs als „lächerlich“ und „hinterlistig“ bezeichnet.

Staatssecretär Graf Pofadowsky: Ich werde überall da einschreiten, wo ein ehrenwerthes Verhalten der Arbeiter des Schutzes bedarf. Wenn der „Vorwärts“ auch ferner meine Erlasse veröffentlichen will, so wird das ein Aufruf an alle pflichttreuen Beamten sein, ihre Schuldigkeit zu thun.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen (Dienstag) 2 Uhr vertagt, außerdem steht der Etat des Reichsjustizamtes auf der Tagesordnung. Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 17. Januar 1898.

Am Ministertische: v. Miquel, Forst, v. Hammerstein, Thelen, Schönfeldt, v. D. Reche, Boffe.

Am Ministertische: v. Miquel, Forst, v. Hammerstein, Thelen, Schönfeldt, v. D. Reche, Boffe.

Abg. Gattler (nat.-lib.) ist der Ansicht, daß in Folge der kräftigen nationalen Politik der letzten Monate die Wolke des politischen Unbehagens wenigstens zum Theil gelichtet sei. Handel und Industrie befänden sich in kräftiger Aufschwung, die Finanzlage sei günstig, auch die Lage der Landwirtschaft zeige eine gewisse Besserung. Was die Steuern anlangt, so sei das Ideal der Steuer doch noch lange nicht erreicht, wie die Steigerung der Summe jährlicher Einnahmen, zu viel erhöhter Steuern zeige. Erfreulich sei die Beseitigung der Remunerationen, doch müßten für höhere Beamte gänzlich verschwinden. Auch die Vorlegung des Comptabilitätsgesetzes, sowie die verstärkte Förderung ideeller Interessen, wie die Veräußerung der landwirthschaftlichen Fonds sei sehr erfreulich. Redner befürwortet jedoch eine Costlösung der Bauverwaltung vom Eisenbahnressort. Für die Erhöhung des Fonds der Centralgenossenschaft sei der Nachweis erforderlich, daß sie im Interesse des Mittelstandes liege. Sehr bedauerlich seien die Mißgriffe der Polizei in letzter Zeit, die mit Recht das größte Aufsehen im Lande erregt hätten. Neue Aufgaben seien im Etat trotz der günstigen Finanzlage leider nicht in Angriff genommen. Die Veräußerung des Ectraordinariums so weit, daß es nicht verbraucht werde, sondern für weitere Jahre ausreiche, widerspreche dem Grundsatz, daß die Ausgaben für jedes Jahr veranschlagt werden müßten. Dauerlich sei, daß die Aufbesserung der Gehälter der Unterbeamten und Geistlichen noch nicht in diesem Etat in Angriff genommen und die Medizinalreform ausbleibe sei. Auch das Ectraordinariumsrecht sei noch nicht vorgelegt. Gegen die Veräußerung des Anstaltensfonds habe er keine Einwände. Die Eisenbahn-Verwaltung sei bisher ihren Aufgaben nicht gerecht geworden und habe nicht rechtzeitig die notwendige Vermehrung des Personals vorgenommen. Er erneure daher den Wunsch nach Einsetzung einer besonderen Eisenbahncommission und wünsche eine strengere Trennung der Eisenbahnfinanzen von den allgemeinen Staatsfinanzen. Zur Polenfrage übergehend, betont er, es sei Pflicht, die Polen nicht nur zu guten Preußen zu erziehen, sondern zum Deutschtum herüber zu ziehen. Die Politik der Sammlung müsse sich bestreben, alle staats-erhaltenden Elemente zu einer energischen Wirthschaftspolitik zusammen zu fassen.

Abg. v. Zedlitz (freicons.) betont, daß der Etat den Höhepunkt der finanziellen Entwicklung darstelle. Dabei seien die Einnahmen so vorzüglich veranschlagt, daß mit Sicherheit auf Mehreinnahmen zu rechnen sei. Sehr erfreulich sei, daß dem Handwerk und dem gewerblichen Unternehmertum mehr Aufmerksamkeit zugewendet sei. Dringend notwendig sei die Beseitigung der schlimmsten Mißstände in den Hochwassergebieten. Die Regierung hätte in dieser Hinsicht energischer vorgehen müssen, insbesondere sei aber die Erklärung abzugeben, daß der Staat bereit sei, für die Zukunft Abwehrmaßregeln zu treffen und zur Beseitigung der Schäden Mittel bereit zu stellen. Eine Reihe von landwirthschaftlichen Wünschen sei leider nicht erfüllt worden, leider sei auch die Gehaltsaufbesserung der Geistlichen noch nicht in diesem Etat in Aussicht genommen. Das Ausbleiben der Medizinalreform bedauere er auch. Was die Ausstellungen gegen die Polizei betreffe, so liege die Hauptursache daran, daß das Material der unteren Polizeiorgane nicht ausreichend sei, und dem letzteren sich durch Aufbesserung ihrer Lage abhelfen. Mit Freunden sei die größere Entschlossenheit und Geschlossenheit der Reichsregierung zu begrüßen, und es sei nur anzuerkennen, daß der bekannt gemordene Erlaß des Staatssecretärs des Innern den Schutz der Arbeitswirtschaft in Aussicht nehme. Den wirthschaftlichen Ausschuss begrüßte er als den Anfang einer entschlossenen nationalen Politik, und wünsche im Interesse der Landwirthschaft eine Herabsetzung der Eisenbahntarife.

Abg. v. Stumm (Reichsp.) hält dem Vordränger vor, daß sich die Parteien doch bei Stimmlichkeiten sehr wenig um die Sachverhalte zu kümmern pflegten, hier so wenig wie in England. In Kleinigkeiten allenfalls, aber nicht, wenn es sich um wichtige Streitfälle handle. Redner wendet sich weiter gegen die Ausführungen Wurts. Gerade die Freiheit des Arbeiters, der arbeiten wolle, müsse gegen den Terrorismus seiner Kameraden geschützt werden. Es werde von dieser Seite eine maßhaft scandalöse Intransigenz geübt. Er könne den Arbeitern nur wünschen, daß sie ihnen gelinge, sich vor ihren heftigen Säugern zu bewahren, die sich von ihnen ferner er sich wunden Großthun machten. Wunders könne er sich nur darüber, daß er nach all dem Unwahrem, was die Socialdemokratie über ihn selbst verbreite, nicht schon längst todtgeschlagen worden sei.

Abg. Singer (Soz.) Wir können nur wünschen, daß uns Herr v. Stumm noch recht lange erhalten bleibt, denn gerade er ist uns von größtem Nutzen. Wir können ferner dem, der uns den Erlaß des Grafen Pofadowsky zugehen hat, nur dankbar sein, denn wir sind in der Lage, daran das Meisten mit zu wirken. Die große ständige Enttäuschung des Staatssecretärs zeigt uns nur, daß man uns sachlich nichts erwidern kann, und anderer seits, daß aus dem Projecte Tausch und Acten zu stellen? Die Polizei sogar Leute bestellt, um Acten zu stellen? Hat sie nicht sogar dem Kaiser Wilhelm I., als er noch Prinz von Preußen war, nachspionirt? Ich appellire — Prinz von Preußen des Staatssecretärs selber an — einen Ausbruch des Staatssecretärs selber an — an alle anständigen Minister, daß sie nicht Erlasse verenden, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen. Redner geht dann noch materiell auf den Erlaß ein, scharfe Kritik an demselben übergibt, habe man schon einmal gehört, daß die Regierung in

Abg. v. Stumm (Reichsp.) hält dem Vordränger vor, daß sich die Parteien doch bei Stimmlichkeiten sehr wenig um die Sachverhalte zu kümmern pflegten, hier so wenig wie in England. In Kleinigkeiten allenfalls, aber nicht, wenn es sich um wichtige Streitfälle handle. Redner wendet sich weiter gegen die Ausführungen Wurts. Gerade die Freiheit des Arbeiters, der arbeiten wolle, müsse gegen den Terrorismus seiner Kameraden geschützt werden. Es werde von dieser Seite eine maßhaft scandalöse Intransigenz geübt. Er könne den Arbeitern nur wünschen, daß sie ihnen gelinge, sich vor ihren heftigen Säugern zu bewahren, die sich von ihnen ferner er sich wunden Großthun machten. Wunders könne er sich nur darüber, daß er nach all dem Unwahrem, was die Socialdemokratie über ihn selbst verbreite, nicht schon längst todtgeschlagen worden sei.

Abg. Singer (Soz.) Wir können nur wünschen, daß uns Herr v. Stumm noch recht lange erhalten bleibt, denn gerade er ist uns von größtem Nutzen. Wir können ferner dem, der uns den Erlaß des Grafen Pofadowsky zugehen hat, nur dankbar sein, denn wir sind in der Lage, daran das Meisten mit zu wirken. Die große ständige Enttäuschung des Staatssecretärs zeigt uns nur, daß man uns sachlich nichts erwidern kann, und anderer seits, daß aus dem Projecte Tausch und Acten zu stellen? Die Polizei sogar Leute bestellt, um Acten zu stellen? Hat sie nicht sogar dem Kaiser Wilhelm I., als er noch Prinz von Preußen war, nachspionirt? Ich appellire — Prinz von Preußen des Staatssecretärs selber an — einen Ausbruch des Staatssecretärs selber an — an alle anständigen Minister, daß sie nicht Erlasse verenden, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen. Redner geht dann noch materiell auf den Erlaß ein, scharfe Kritik an demselben übergibt, habe man schon einmal gehört, daß die Regierung in

Abg. v. Stumm (Reichsp.) hält dem Vordränger vor, daß sich die Parteien doch bei Stimmlichkeiten sehr wenig um die Sachverhalte zu kümmern pflegten, hier so wenig wie in England. In Kleinigkeiten allenfalls, aber nicht, wenn es sich um wichtige Streitfälle handle. Redner wendet sich weiter gegen die Ausführungen Wurts. Gerade die Freiheit des Arbeiters, der arbeiten wolle, müsse gegen den Terrorismus seiner Kameraden geschützt werden. Es werde von dieser Seite eine maßhaft scandalöse Intransigenz geübt. Er könne den Arbeitern nur wünschen, daß sie ihnen gelinge, sich vor ihren heftigen Säugern zu bewahren, die sich von ihnen ferner er sich wunden Großthun machten. Wunders könne er sich nur darüber, daß er nach all dem Unwahrem, was die Socialdemokratie über ihn selbst verbreite, nicht schon längst todtgeschlagen worden sei.

Abg. Singer (Soz.) Wir können nur wünschen, daß uns Herr v. Stumm noch recht lange erhalten bleibt, denn gerade er ist uns von größtem Nutzen. Wir können ferner dem, der uns den Erlaß des Grafen Pofadowsky zugehen hat, nur dankbar sein, denn wir sind in der Lage, daran das Meisten mit zu wirken. Die große ständige Enttäuschung des Staatssecretärs zeigt uns nur, daß man uns sachlich nichts erwidern kann, und anderer seits, daß aus dem Projecte Tausch und Acten zu stellen? Die Polizei sogar Leute bestellt, um Acten zu stellen? Hat sie nicht sogar dem Kaiser Wilhelm I., als er noch Prinz von Preußen war, nachspionirt? Ich appellire — Prinz von Preußen des Staatssecretärs selber an — einen Ausbruch des Staatssecretärs selber an — an alle anständigen Minister, daß sie nicht Erlasse verenden, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen. Redner geht dann noch materiell auf den Erlaß ein, scharfe Kritik an demselben übergibt, habe man schon einmal gehört, daß die Regierung in

Abg. v. Stumm (Reichsp.) hält dem Vordränger vor, daß sich die Parteien doch bei Stimmlichkeiten sehr wenig um die Sachverhalte zu kümmern pflegten, hier so wenig wie in England. In Kleinigkeiten allenfalls, aber nicht, wenn es sich um wichtige Streitfälle handle. Redner wendet sich weiter gegen die Ausführungen Wurts. Gerade die Freiheit des Arbeiters, der arbeiten wolle, müsse gegen den Terrorismus seiner Kameraden geschützt werden. Es werde von dieser Seite eine maßhaft scandalöse Intransigenz geübt. Er könne den Arbeitern nur wünschen, daß sie ihnen gelinge, sich vor ihren heftigen Säugern zu bewahren, die sich von ihnen ferner er sich wunden Großthun machten. Wunders könne er sich nur darüber, daß er nach all dem Unwahrem, was die Socialdemokratie über ihn selbst verbreite, nicht schon längst todtgeschlagen worden sei.

Abg. Singer (Soz.) Wir können nur wünschen, daß uns Herr v. Stumm noch recht lange erhalten bleibt, denn gerade er ist uns von größtem Nutzen. Wir können ferner dem, der uns den Erlaß des Grafen Pofadowsky zugehen hat, nur dankbar sein, denn wir sind in der Lage, daran das Meisten mit zu wirken. Die große ständige Enttäuschung des Staatssecretärs zeigt uns nur, daß man uns sachlich nichts erwidern kann, und anderer seits, daß aus dem Projecte Tausch und Acten zu stellen? Die Polizei sogar Leute bestellt, um Acten zu stellen? Hat sie nicht sogar dem Kaiser Wilhelm I., als er noch Prinz von Preußen war, nachspionirt? Ich appellire — Prinz von Preußen des Staatssecretärs selber an — einen Ausbruch des Staatssecretärs selber an — an alle anständigen Minister, daß sie nicht Erlasse verenden, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen. Redner geht dann noch materiell auf den Erlaß ein, scharfe Kritik an demselben übergibt, habe man schon einmal gehört, daß die Regierung in

Abg. v. Stumm (Reichsp.) hält dem Vordränger vor, daß sich die Parteien doch bei Stimmlichkeiten sehr wenig um die Sachverhalte zu kümmern pflegten, hier so wenig wie in England. In Kleinigkeiten allenfalls, aber nicht, wenn es sich um wichtige Streitfälle handle. Redner wendet sich weiter gegen die Ausführungen Wurts. Gerade die Freiheit des Arbeiters, der arbeiten wolle, müsse gegen den Terrorismus seiner Kameraden geschützt werden. Es werde von dieser Seite eine maßhaft scandalöse Intransigenz geübt. Er könne den Arbeitern nur wünschen, daß sie ihnen gelinge, sich vor ihren heftigen Säugern zu bewahren, die sich von ihnen ferner er sich wunden Großthun machten. Wunders könne er sich nur darüber, daß er nach all dem Unwahrem, was die Socialdemokratie über ihn selbst verbreite, nicht schon längst todtgeschlagen worden sei.

Abg. Singer (Soz.) Wir können nur wünschen, daß uns Herr v. Stumm noch recht lange erhalten bleibt, denn gerade er ist uns von größtem Nutzen. Wir können ferner dem, der uns den Erlaß des Grafen Pofadowsky zugehen hat, nur dankbar sein, denn wir sind in der Lage, daran das Meisten mit zu wirken. Die große ständige Enttäuschung des Staatssecretärs zeigt uns nur, daß man uns sachlich nichts erwidern kann, und anderer seits, daß aus dem Projecte Tausch und Acten zu stellen? Die Polizei sogar Leute bestellt, um Acten zu stellen? Hat sie nicht sogar dem Kaiser Wilhelm I., als er noch Prinz von Preußen war, nachspionirt? Ich appellire — Prinz von Preußen des Staatssecretärs selber an — einen Ausbruch des Staatssecretärs selber an — an alle anständigen Minister, daß sie nicht Erlasse verenden, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen. Redner geht dann noch materiell auf den Erlaß ein, scharfe Kritik an demselben übergibt, habe man schon einmal gehört, daß die Regierung in

Abg. v. Stumm (Reichsp.) hält dem Vordränger vor, daß sich die Parteien doch bei Stimmlichkeiten sehr wenig um die Sachverhalte zu kümmern pflegten, hier so wenig wie in England. In Kleinigkeiten allenfalls, aber nicht, wenn es sich um wichtige Streitfälle handle. Redner wendet sich weiter gegen die Ausführungen Wurts. Gerade die Freiheit des Arbeiters, der arbeiten wolle, müsse gegen den Terrorismus seiner Kameraden geschützt werden. Es werde von dieser Seite eine maßhaft scandalöse Intransigenz geübt. Er könne den Arbeitern nur wünschen, daß sie ihnen gelinge, sich vor ihren heftigen Säugern zu bewahren, die sich von ihnen ferner er sich wunden Großthun machten. Wunders könne er sich nur darüber, daß er nach all dem Unwahrem, was die Socialdemokratie über ihn selbst verbreite, nicht schon längst todtgeschlagen worden sei.

Abg. Singer (Soz.) Wir können nur wünschen, daß uns Herr v. Stumm noch recht lange erhalten bleibt, denn gerade er ist uns von größtem Nutzen. Wir können ferner dem, der uns den Erlaß des Grafen Pofadowsky zugehen hat, nur dankbar sein, denn wir sind in der Lage, daran das Meisten mit zu wirken. Die große ständige Enttäuschung des Staatssecretärs zeigt uns nur, daß man uns sachlich nichts erwidern kann, und anderer seits, daß aus dem Projecte Tausch und Acten zu stellen? Die Polizei sogar Leute bestellt, um Acten zu stellen? Hat sie nicht sogar dem Kaiser Wilhelm I., als er noch Prinz von Preußen war, nachspionirt? Ich appellire — Prinz von Preußen des Staatssecretärs selber an — einen Ausbruch des Staatssecretärs selber an — an alle anständigen Minister, daß sie nicht Erlasse verenden, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen. Redner geht dann noch materiell auf den Erlaß ein, scharfe Kritik an demselben übergibt, habe man schon einmal gehört, daß die Regierung in

Abg. v. Stumm (Reichsp.) hält dem Vordränger vor, daß sich die Parteien doch bei Stimmlichkeiten sehr wenig um die Sachverhalte zu kümmern pflegten, hier so wenig wie in England. In Kleinigkeiten allenfalls, aber nicht, wenn es sich um wichtige Streitfälle handle. Redner wendet sich weiter gegen die Ausführungen Wurts. Gerade die Freiheit des Arbeiters, der arbeiten wolle, müsse gegen den Terrorismus seiner Kameraden geschützt werden. Es werde von dieser Seite eine maßhaft scandalöse Intransigenz geübt. Er könne den Arbeitern nur wünschen, daß sie ihnen gelinge, sich vor ihren heftigen Säugern zu bewahren, die sich von ihnen ferner er sich wunden Großthun machten. Wunders könne er sich nur darüber, daß er nach all dem Unwahrem, was die Socialdemokratie über ihn selbst verbreite, nicht schon längst todtgeschlagen worden sei.

Abg. Graf v. Limburg-Sturum (conf.) erkennt an, daß der Finanzminister alles gethan hat, um die Finanzen zu consolidiren, ist aber der Meinung, daß die Finanzen nicht so glänzend sind, um darauf dauernde große Aufgaben zu begründen. Bei dem Etat der Bergverwaltung wünscht er, daß ein Weg gefunden werden möge, um das Ausland das Kali theurer bezahlen zu lassen, als das Land. Bei der Neuvergebung in Ostfalen möge auch die staatliche Bergwerks- und Eisenbahnindustrie die Ausbeutung in die Hand nehmen. Sodann spricht er sich gegen eine Verbilligung der Personentaxe und weitere Ausbeutung der Rande und für eine Reform der Gütertarife aus. Was die Hochwasserbeschwerden anbelange, so müsse bei deren Beseitigung und Vorbeugung sehr vorsichtig vorgegangen werden. Zur Lage der Landwirtschaft übergehend bemerkt er, das deutsche Reich sei stark genug, die wirthschaftlichen Beziehungen zum Ausland von den politischen zu trennen.

Abg. Richter (freis. Volksp.): Die Seehandlung hat 175 Millionen für Commerc- und Creditweche hergegeben. Eine solche Praxis wirkt aber entgegen dem, was man als eine gesunde Entwicklung der Finanzpolitik bezeichnen muß. Der Finanzminister schwimmt ja thatsächlich im Golde. Er hat zwar gesagt, es sei leichter in die Höhe zu kommen, als sich dort zu erhalten. Das sind goldene Worte; schade nur, daß sie der Reichsfinanzsecretär so wenig berücksichtigt bei der Einbringung der Flottenvorlage, die für Marineweche eine dauernde Jahresausgabe von 370 Millionen erforderlich macht. Ganz bedenklich erscheinen die centralisirenden Wirkungen der Staatsfinanzen. Der Herr Finanzminister hat selbst schon darauf hinweisen müssen, daß die Centralgenossenschaftsliste nicht dazu da sei, damit Privatpersonen Gelegenheit finden, billiges Geld zu bekommen. Aehnlich wird die Wirkung der Staatsunterstützung für Geisteskräfte sein. Dazu sind doch die Staatsüberhörsche nicht da, um die Kirchensteuer zu ermäßigen. Dem Princip der evangelischen Kirche entspricht es jedenfalls nicht, wenn sie fest dem Schwerpunkt in die Gemeinde. Die Eisenbahnfälle stehen in einem unerkennbaren Zusammenhang mit der zu langen Arbeitszeit der Beamten; auch macht es nach dem Etat den Eindruck, als ob die Neueinstellung von Beamten nicht im richtigen Verhältniß steht zu der Ausdehnung des Betriebes. Herr Grafen Limburg möchte ich fragen: Wo fängt denn der berechnete Reife an und wo weit darf er reifen? Jedenfalls nicht nach dem Westen, wo er höhere Löhne bekommt. Münchenswerth ist jedenfalls die Aufhebung des Gepächtarifs, damit die Coupes entlastet werden. In den Beschlüssen des Landesparlamentes macht sich leider eine ganz rücksichtslose Unterwerfung bemerkbar. Ganz bedauerlich ist, daß die Regierung der bringend nötigen Regelung des Wasserrechts nicht näher tritt, das viel nötiger ist, als die Anerkenndung der Ackerbauverträge kann man dem Privatgebrauch überlassen. Der Herr Cultusminister soll neulich eine sehr schöne Rede gehalten haben; ob sein Disciplinargesetz für Aerzte unter dem Eindruck dieser Rede entstanden ist, weiß ich nicht. Jedenfalls werden die Aerzte nicht den Wunsch haben, solchen Disciplinargesetzen zu unterliegen. Lieber sollte man das Disciplinargesetz gegen Beamte reformiren, dessen Reformbedürftigkeit man im Proj. gegen Tausch wieder bekräftigt gelernt hat. Den Zischak-Curs in der Polenpolitik machen wir nicht mit und lehnen deshalb auch die Novelle zum Anstaltensgesetz ab, die uns als ein durchaus untaugliches Mittel erscheint. Es sind nämlich in Folge des Anstaltensgesetzes ebenso viel neue polnische wie deutsche Anstellungen entstanden. Redner geht dann auf die Drangsalierungen socialdemokratischer Personen in Böhmen ein, sowie auf die Vereinsplacereien gegen polnische Versammlungen. Was ist das für eine Wirthschaft? Ueber den Bauernverein Nordost wird Ihnen Herr Richter ja wohl noch Näheres mittheilen. (Seitener rechts.) Die Mißgriffe der Polizei stehen hiermit in einem gewissen Zusammenhang. Das Publikum würde der Polizei öfter und gern Beifall leisten, wenn diese ihr nicht öfters so oft entgegengetreten müßte. Das Vereinsgesetz hat immer noch nicht die nötige Erledigung gefunden. Fürst Hohenzollern verweist auf den Anfang des nächsten Jahrhunderts. Bei einer zeitgemäßen Reform des Wahlrechts würde für Neuwahlen die conservative Partei nicht in Frage kommen. Es wird Centrum und liberalerale als quantität negligable behandelt und wir gehen Zuständen entgegen, von denen uns die jegliche Polizeiwirthschaft einen kleinen Vorgeschmack giebt. Fortsetzung morgen 2 Uhr. Schluß 4 1/4 Uhr.

Abg. Richter (freis. Volksp.): Die Seehandlung hat 175 Millionen für Commerc- und Creditweche hergegeben. Eine solche Praxis wirkt aber entgegen dem, was man als eine gesunde Entwicklung der Finanzpolitik bezeichnen muß. Der Finanzminister schwimmt ja thatsächlich im Golde. Er hat zwar gesagt, es sei leichter in die Höhe zu kommen, als sich dort zu erhalten. Das sind goldene Worte; schade nur, daß sie der Reichsfinanzsecretär so wenig berücksichtigt bei der Einbringung der Flottenvorlage, die für Marineweche eine dauernde Jahresausgabe von 370 Millionen erforderlich macht. Ganz bedenklich erscheinen die centralisirenden Wirkungen der Staatsfinanzen. Der Herr Finanzminister hat selbst schon darauf hinweisen müssen, daß die Centralgenossenschaftsliste nicht dazu da sei, damit Privatpersonen Gelegenheit finden, billiges Geld zu bekommen. Aehnlich wird die Wirkung der Staatsunterstützung für Geisteskräfte sein. Dazu sind doch die Staatsüberhörsche nicht da, um die Kirchensteuer zu ermäßigen. Dem Princip der evangelischen Kirche entspricht es jedenfalls nicht, wenn sie fest dem Schwerpunkt in die Gemeinde. Die Eisenbahnfälle stehen in einem unerkennbaren Zusammenhang mit der zu langen Arbeitszeit der Beamten; auch macht es nach dem Etat den Eindruck, als ob die Neueinstellung von Beamten nicht im richtigen Verhältniß steht zu der Ausdehnung des Betriebes. Herr Grafen Limburg möchte ich fragen: Wo fängt denn der berechnete Reife an und wo weit darf er reifen? Jedenfalls nicht nach dem Westen, wo er höhere Löhne bekommt. Münchenswerth ist jedenfalls die Aufhebung des Gepächtarifs, damit die Coupes entlastet werden. In den Beschlüssen des Landesparlamentes macht sich leider eine ganz rücksichtslose Unterwerfung bemerkbar. Ganz bedauerlich ist, daß die Regierung der bringend nötigen Regelung des Wasserrechts nicht näher tritt, das viel nötiger ist, als die Anerkenndung der Ackerbauverträge kann man dem Privatgebrauch überlassen. Der Herr Cultusminister soll neulich eine sehr schöne Rede gehalten haben; ob sein Disciplinargesetz für Aerzte unter dem Eindruck dieser Rede entstanden ist, weiß ich nicht. Jedenfalls werden die Aerzte nicht den Wunsch haben, solchen Disciplinargesetzen zu unterliegen. Lieber sollte man das Disciplinargesetz gegen Beamte reformiren, dessen Reformbedürftigkeit man im Proj. gegen Tausch wieder bekräftigt gelernt hat. Den Zischak-Curs in der Polenpolitik machen wir nicht mit und lehnen deshalb auch die Novelle zum Anstaltensgesetz ab, die uns als ein durchaus untaugliches Mittel erscheint. Es sind nämlich in Folge des Anstaltensgesetzes ebenso viel neue polnische wie deutsche Anstellungen entstanden. Redner geht dann auf die Drangsalierungen socialdemokratischer Personen in Böhmen ein, sowie auf die Vereinsplacereien gegen polnische Versammlungen. Was ist das für eine Wirthschaft? Ueber den Bauernverein Nordost wird Ihnen Herr Richter ja wohl noch Näheres mittheilen. (Seitener rechts.) Die Mißgriffe der Polizei stehen hiermit in einem gewissen Zusammenhang. Das Publikum würde der Polizei öfter und gern Beifall leisten, wenn diese ihr nicht öfters so oft entgegengetreten müßte. Das Vereinsgesetz hat immer noch nicht die nötige Erledigung gefunden. Fürst Hohenzollern verweist auf den Anfang des nächsten Jahrhunderts. Bei einer zeitgemäßen Reform des Wahlrechts würde für Neuwahlen die conservative Partei nicht in Frage kommen. Es wird Centrum und liberalerale als quantität negligable behandelt und wir gehen Zuständen entgegen, von denen uns die jegliche Polizeiwirthschaft einen kleinen Vorgeschmack giebt. Fortsetzung morgen 2 Uhr. Schluß 4 1/4 Uhr.

Abg. Richter (freis. Volksp.): Die Seehandlung hat 175 Millionen für Commerc- und Creditweche hergegeben. Eine solche Praxis wirkt aber entgegen dem, was man als eine gesunde Entwicklung der Finanzpolitik bezeichnen muß. Der Finanzminister schwimmt ja thatsächlich im Golde. Er hat zwar gesagt, es sei leichter in die Höhe zu kommen, als sich dort zu erhalten. Das sind goldene Worte; schade nur, daß sie der Reichsfinanzsecretär so wenig berücksichtigt bei der Einbringung der Flottenvorlage, die für Marineweche eine dauernde Jahresausgabe von 370 Millionen erforderlich macht. Ganz bedenklich erscheinen die centralisirenden Wirkungen der Staatsfinanzen. Der Herr Finanzminister hat selbst schon darauf hinweisen müssen, daß die Centralgenossenschaftsliste nicht dazu da sei, damit Privatpersonen Gelegenheit finden, billiges Geld zu bekommen. Aehnlich wird die Wirkung der Staatsunterstützung für Geisteskräfte sein. Dazu sind doch die Staatsüberhörsche nicht da, um die Kirchensteuer zu ermäßigen. Dem Princip der evangelischen Kirche entspricht es jedenfalls nicht, wenn sie fest dem Schwerpunkt in die Gemeinde. Die Eisenbahnfälle stehen in einem unerkennbaren Zusammenhang mit der zu langen Arbeitszeit der Beamten; auch macht es nach dem Etat den Eindruck, als ob die Neueinstellung von Beamten nicht im richtigen Verhältniß steht zu der Ausdehnung des Betriebes. Herr Grafen Limburg möchte ich fragen: Wo fängt denn der berechnete Reife an und wo weit darf er reifen? Jedenfalls nicht nach dem Westen, wo er höhere Löhne bekommt. Münchenswerth ist jedenfalls die Aufhebung des Gepächtarifs, damit die Coupes entlastet werden. In den Beschlüssen des Landesparlamentes macht sich leider eine ganz rücksichtslose Unterwerfung bemerkbar. Ganz bedauerlich ist, daß die Regierung der bringend nötigen Regelung des Wasserrechts nicht näher tritt, das viel nötiger ist, als die Anerkenndung der Ackerbauverträge kann man dem Privatgebrauch überlassen. Der Herr Cultusminister soll neulich eine sehr schöne Rede gehalten haben; ob sein Disciplinargesetz für Aerzte unter dem Eindruck dieser Rede entstanden ist, weiß ich nicht. Jedenfalls werden die Aerzte nicht den Wunsch haben, solchen Disciplinargesetzen zu unterliegen. Lieber sollte man das Disciplinargesetz gegen Beamte reformiren, dessen Reformbedürftigkeit man im Proj. gegen Tausch wieder bekräftigt gelernt hat. Den Zischak-Curs in der Polenpolitik machen wir nicht mit und lehnen deshalb auch die Novelle zum Anstaltensgesetz ab, die uns als ein durchaus untaugliches Mittel erscheint. Es sind nämlich in Folge des Anstaltensgesetzes ebenso viel neue polnische wie deutsche Anstellungen entstanden. Redner geht dann auf die Drangsalierungen socialdemokratischer Personen in Böhmen ein, sowie auf die Vereinsplacereien gegen polnische Versammlungen. Was ist das für eine Wirthschaft? Ueber den Bauernverein Nordost wird Ihnen Herr Richter ja wohl noch Näheres mittheilen. (Seitener rechts.) Die Mißgriffe der Polizei stehen hiermit in einem gewissen Zusammenhang. Das Publikum würde der Polizei öfter und gern Beifall leisten, wenn diese ihr nicht öfters so oft entgegengetreten müßte. Das Vereinsgesetz hat immer noch nicht die nötige Erledigung gefunden. Fürst Hohenzollern verweist auf den Anfang des nächsten Jahrhunderts. Bei einer zeitgemäßen Reform des Wahlrechts würde für Neuwahlen die conservative Partei nicht in Frage kommen. Es wird Centrum und liberalerale als quantität negligable behandelt und wir gehen Zuständen entgegen, von denen uns die jegliche Polizeiwirthschaft einen kleinen Vorgeschmack giebt. Fortsetzung morgen 2 Uhr. Schluß 4 1/4 Uhr.

Abg. Richter (freis. Volksp.): Die Seehandlung hat 175 Millionen für Commerc- und Creditweche hergegeben. Eine solche Praxis wirkt aber entgegen dem, was man als eine gesunde Entwicklung der Finanzpolitik bezeichnen muß. Der Finanzminister schwimmt ja thatsächlich im Golde. Er hat zwar gesagt, es sei leichter in die Höhe zu kommen, als sich dort zu erhalten. Das sind goldene Worte; schade nur, daß sie der Reichsfinanzsecretär so wenig berücksichtigt bei der Einbringung der Flottenvorlage, die für Marineweche eine dauernde Jahresausgabe von 370 Millionen erforderlich macht. Ganz bedenklich erscheinen die centralisirenden Wirkungen der Staatsfinanzen. Der Herr Finanzminister hat selbst schon darauf hinweisen müssen, daß die Centralgenossenschaftsliste nicht dazu da sei, damit Privatpersonen Gelegenheit finden, billiges Geld zu bekommen. Aehnlich wird die Wirkung der Staatsunterstützung für Geisteskräfte sein. Dazu sind doch die Staatsüberhörsche nicht da, um die Kirchensteuer zu ermäßigen. Dem Princip der evangelischen Kirche entspricht es jedenfalls nicht, wenn sie fest dem Schwerpunkt in die Gemeinde. Die Eisenbahnfälle stehen in einem unerkennbaren Zusammenhang mit der zu langen Arbeitszeit der Beamten; auch macht es nach dem Etat den Eindruck, als ob die Neueinstellung von Beamten nicht im richtigen Verhältniß steht zu der Ausdehnung des Betriebes. Herr Grafen Limburg möchte ich fragen: Wo fängt denn der berechnete Reife an und wo weit darf er reifen? Jedenfalls nicht nach dem Westen, wo er höhere Löhne bekommt. Münchenswerth ist jedenfalls die Aufhebung des Gepächtarifs, damit die Coupes entlastet werden. In den Beschlüssen des Landesparlamentes macht sich leider eine ganz rücksichtslose Unterwerfung bemerkbar. Ganz bedauerlich ist, daß die Regierung der bringend nötigen Regelung des Wasserrechts nicht näher tritt, das viel nötiger ist, als die Anerkenndung der Ackerbauverträge kann man dem Privatgebrauch überlassen. Der Herr Cultusminister soll neulich eine sehr schöne Rede gehalten haben; ob sein Disciplinargesetz für Aerzte unter dem Eindruck dieser Rede entstanden ist, weiß ich nicht. Jedenfalls werden die Aerzte nicht den Wunsch haben, solchen Disciplinargesetzen zu unterliegen. Lieber sollte man das Disciplinargesetz gegen Beamte reformiren, dessen Reformbedürftigkeit man im Proj. gegen Tausch wieder bekräftigt gelernt hat. Den Zischak-Curs in der Polenpolitik machen wir nicht mit und lehnen deshalb auch die Novelle zum Anstaltensgesetz ab, die uns als ein durchaus untaugliches Mittel erscheint. Es sind nämlich in Folge des Anstaltensgesetzes ebenso viel neue polnische wie deutsche Anstellungen entstanden. Redner geht dann auf die Drangsalierungen socialdemokratischer Personen in Böhmen ein, sowie auf die Vereinsplacereien gegen polnische Versammlungen. Was ist das für eine Wirthschaft? Ueber den Bauernverein Nordost wird Ihnen Herr Richter ja wohl noch Näheres mittheilen. (Seitener rechts.) Die Mißgriffe der Polizei stehen hiermit in einem gewissen Zusammenhang. Das Publikum würde der Polizei öfter und gern Beifall leisten, wenn diese ihr nicht öfters so oft entgegengetreten müßte. Das Vereinsgesetz hat immer noch nicht die nötige Erledigung gefunden. Fürst Hohenzollern verweist auf den Anfang des nächsten Jahrhunderts. Bei einer zeitgemäßen Reform des Wahlrechts würde für Neuwahlen die conservative Partei nicht in Frage kommen. Es wird Centrum und liberalerale als quantität negligable behandelt und wir gehen Zuständen entgegen, von denen uns die jegliche Polizeiwirthschaft einen kleinen Vorgeschmack giebt. Fortsetzung morgen 2 Uhr. Schluß 4 1/4 Uhr.

Abg. Richter (freis. Volksp.): Die Seehandlung hat 175 Millionen für Commerc- und Creditweche hergegeben. Eine solche Praxis wirkt aber entgegen dem, was man als eine gesunde Entwicklung der Finanzpolitik bezeichnen muß. Der Finanzminister schwimmt ja thatsächlich im Golde. Er hat zwar gesagt, es sei leichter in die Höhe zu kommen, als sich dort zu erhalten. Das sind goldene Worte; schade nur, daß sie der Reichsfinanzsecretär so wenig berücksichtigt bei der Einbringung der Flottenvorlage, die für Marineweche eine dauernde Jahresausgabe von 370 Millionen erforderlich macht. Ganz bedenklich erscheinen die centralisirenden Wirkungen der Staatsfinanzen. Der Herr Finanzminister hat selbst schon darauf hinweisen müssen, daß die Centralgenossenschaftsliste nicht dazu da sei, damit Privatpersonen Gelegenheit finden, billiges Geld zu bekommen. Aehnlich wird die Wirkung der Staatsunterstützung für Geistes

